Ist das nun die neue, große wilde, schöne FREIHEIT?"

3. Jahrgang/September 1978

grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

Hamburg: 10 Groschen
Auswärts: 13 Groschen

NR. 15

Verfassungsschutz im Ordnungsamt Bericht auf S. 6

Teufels-austreibung

Repression in der Kirche – das Beispiel der ESG

Am 19. 7. 78 wurde das Martin-Luther-King-Haus (Grindelallee 9, Gemeindezentrum der Evangelischen und Studentengemeinde (ESG) und Kommunikationszentrum vieler linker Gruppen in Hamburg) vom Nordelbischen Kirchenamt geschlossen, ohne Ankündigung und ohne besonderen Anlaß, aber auf Beschluß der Kirchenleitung mit der Begründung, daß sie „erhebliche Zweifel hat, ob die gegenwärtig von der ESG Hamburg betriebene Arbeit aus kirchlicher Verantwortung noch voll mitgetragen werden kann".
(Presseinformation der Nordelbischen Kirche vom 18.7.1978) Was damit gemeint ist, geht aus der kirchenamtlichen Dokumentation zur Rechtfertigung der Schließung des Hauses – notwendig wegen der zahlreichen Proteste auch aus dem kirchlichen Bereich – eindeutig hervor: die Praxis der ESG, sich als christliche Gemeinde gemäß ihrer Satzung „in der Tradition fortschreitender, überkommene gesellschaftliche Verhältnisse verändernder Bewegungen" mit Problemen wie Anti-AKW, Antimilitarismus, Russell-Tribunal, materialistischer Bibelauslegung, Südlichem Afrika und Ausländer in der BRD auseinanderzusetzen. Deswegen leben wir als ESG schon seit Jahren in einem Dauerkonflikt mit der Kirchenführung, der 1975 schon zu einer drastischen Einschränkung der materiellen Möglichkeiten der ESG – Pfarrstellen, Räume, Geld – geführt hat.

Zusammenarbeit mit linken Gruppen wird bestraft

Besonderer Stein des Anstoßes für die Kirchenleitung ist „eine geradezu sträfliche Bedenkenlosigkeit im Umgang mit radikalen Gruppen" (kirchenamtliche Dokumentation S. 20), die in der üblichen staatlichen Terminologie auch als „linksextremistisch", „kommunistisch" usw. bezeichnet werden, und die „aus kirchlicher Sicht unvertretbare Nutzung der Räumlichkeiten der ESG in HH durch sogenannte Gastgruppen" (Presseinformation der Nordelbischen Kirche vom 18.7.), deren Ziele z.T. in der Dokumentation (unter Bezugnahme auf „eine Veröffentlichung des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein")) beschrieben werden.
Wegen des Streits um unsere Raumvergabepraxis ist es schon im vorigen Herbst zu einer Sperrung des MLK-Hauses gekommen, die aber wegen der breiten Solidarität aus der Hamburger Linken und aus kritischen Kirchenkreisen wieder rückgängig gemacht werden mußte.

Kirche und Polizei

Auch dieses Mal ließen die ESG und ihre Freunde die Schließung des MLK-Hauses nicht einfach über sich ergehen. Am Abend des 19.7. fand eine Vollversammlung der ESG und einzelner Gastgruppenmitglieder statt, die in eine friedliche „Wiedereröffnung" des MLK-Hauses mündete. Im Foyer berieten zeitweilig bis zu 250 Leute über die Zukunft der ESG. Am nächsten Morgen stellt die Kirche Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Daraufhin verhaftete eine Hundertschaft Polizei in voller Ausrüstung die gerade anwesenden 40 Personen. Sie wurden erkennungsdienstlich behandelt und bis zu 9 Stunden festgehalten.
Dieses skandalöse Vorgehen – Zuhilfenahme der Polizeigewalt in einem innerkirchlichen Konflikt – ist der vorläufige Höhepunkt der kirchenamtlichen Machtausübung. Hier wird besonders deutlich, was die ESG schon vorher vielfach erlebte und überall in der BRD zur Zeit verstärkt erlebt: das Handeln der Kirchenführung unterscheidet sich nicht von der staatlichen Machtpolitik: zunehmende Repression aller gesellschaftskritischer Ansätze mit allen Mitteln. Kirche und Staat halten zusammen wie eh und je!
Aus einem Artikel des Nordelbischen Nachrichtenspiegels (Nr. 30/78) über ein kürzlich gewesenes Gespräch zwischen Stoltenberg und seinen Leuten und den Kirchenfürsten: „Stoltenberg... betonte die ohne Einschränkung guten Beziehungen zwischen dem Land und der Nordelbischen Kirche. ...Das Gespräch betraf das Verhältnis von Staat und Kirche im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. Insbesondere wurden Aufgaben und Grenzen des gesellschaftspolitischen Engagements kirchlicher Gruppen... erörtert."

Fortsetzung auf S. **2**

Radikalenerlaß gegen Kinderhaus

Das Kinderhaus (Heinrichstr. 14a, Hamburg 50) hat den Prozeß um die Bezuschussung durch die Stadt vor dem Verwaltungsgericht Hamburg verloren. Das Neue an dem Urteil: bisher hatte die Behörde ihre ablehnende Haltung damit begründet, daß angeblich kein Bedarf an der Kindergarteneinrichtung besteht. Diese Argumentation fand das Gericht nicht überzeugend, aber dafür fand es einen neuen Dreh. Das Kinderhaus sei deshalb nicht förderungswürdig, weil es nicht die nach § 9 des Jugendwohlfahrtsgesetzes erforderliche Gewähr „für eine den Zielen des Grundgesetztes förderliche Arbeit" biete. So einfach ist das: Wenn die formale Begründung der Ablehnung nicht mehr reicht, hat man ja immer noch irgendeine Form des Radikalenerlasses, – jetzt auch im Kindergarten.

Ende des Hafenkrankenhauses?

Ende Juli wurde im Hafenkrankenhaus bekannt, daß es nach der Pensionierung von Dr. Labs keinen neuen Chefarzt der 1. chirurgischen mehr geben wird. Damit nimmt der Senat diese günstige Gelegenheit wahr, um die im Krankenhausbedarfsplan vorgesehen Verkleinerung des Hafenkrankenhauses auf 90 chirurgische Bette durchzusetzen. Jeder kann sich jedoch vorstellen, daß die Kosten für so eine kleine Bettenzahl (Verwaltung, Personal, medizinische Geräte) einfach zu hoch werden, und wir befürchten, daß eine Schließung letztlich nicht zu vermeiden ist. Das Hafenkrankenhaus ist aber für die Versorgung der Unfallverletzten aus dem Hafen und den anliegenden Stadtteilen (St. Pauli, Altona) nicht wegzudenken (z.B. das Unglück bei Blohm & Voss). Wir wollen nicht, daß die auf die Versorgung eines Stadtteiles ausgerichteten Krankenhäuser (z.B. Borgfelde, Rissen) verkleinert und schließlich geschlossen werden, so daß nur noch Gesundheitsfabriken wie das Krankenhaus Othmarschen oder Wandsbek übrigbleiben. Durch unsere Unterschriftensammlung wollen wir dem Hamburger Senat zeigen, daß die Bevölkerung mit diesen Plänen nicht einverstanden ist. Schon einmal hat es eine Bürgerinitiative geschafft, die Schließung des Hafenkrankenhauses zu verhindern!

Keine Verkleinerung im HKH !

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

GROSSER RATSCHLAG 29.9. – 1.10. 1978 in der Hamburger Markthalle

Das Wort „alternativ" geistert durch die Lande. Was hat es damit auf sich? Mancher praktizierende Alternativler empfindet allein schon eine solche Frage als aufdringlich. In Abwandlung des Spruchs: „ Bilde, Künstler, rede nicht!" sagt er/sie: „Über Alternativen sollt ihr nicht reden, sondern macht lieber welche!" So richtig daran die Betonung des praktischen Zugreifens ist (und dies fällt uns theoretischen Deutschen ja meist so schwer!), so falsch wäre eine Einigelung der Alternativszene, verbunden mit der Kultivierung einer neuen Sprachlosigkeit. Denn eine solche Haltung würde sich nur zu gut mit der Abwehrhaltung gegenüber „Alternativen" ergänzen, wie sie bei Linken nicht selten anzutreffen ist: Diese sehen in den Versuchen, kleinhandwerkliche oder landwirtschaftliche Betriebe zu gründen und mit viel Arbeitsaufwand am Leben zu erhalten, nichts als ein vergebliche Flucht aus der kapitalistischen Wirklichkeit und vor den Notwendigkeiten gewerkschaftlichen und politischen Kampfes – Idylle im Winkel. Beide Bornierungen sind schädlich:

1.) für die Alternativbewegung, weil sie ein solidarisches Umfeld und spendenfreudige Nicht-Alternativler braucht;

2.) für die Linke, weil sie die Alternativbewegung als ein soziales Laboratorium ernst nehmen muß, um nicht in traditionellen Vorstellungen von gesellschaftlicher Bewegung zu erstarren.

Wir, die Arbeitsgruppe Alternative Ökonomie im Sozialistischen Büro Hamburg, wollen mit dem von uns vorbereiteten Grossen Ratschlag keine der beiden Haltungen annehmen. Wir wollen ein Forum bieten für die *politische Diskussion* über den Fragenkomplex, den der Begriff alternative Ökonomie – wenn man ihn weit faßt – umschreibt. Um ein mögliches Mißverständnis auszuschließen: Wir beabsichtigen nicht, die Alternativgruppen zu vereinheitlichen oder auch nur als Koordinierungsstelle der Alternativszene aufzutreten (da wäre ja wohl Sache der Alternativszene selbst!), was nicht ausschließt, daß die – hoffentlich zahlreich – anreisenden Alternativgruppen unseren Ratschlag in diesem Sinne benutzen. Nein, warum wir uns (als Linke in „richtigen" Berufen) entschlossen haben, zu einem Treffen einzuladen – das ist unser politisches Interesse, zu erfahren, ob es gemeinsame Perspektiven für die vielen alternativen Ansätze gibt und was wir als normale Berufstätige damit zu tun haben.

Ist das alternative Ökonomie?

In Wiesbaden hat eine Gruppe junger Leute eine Bäckerei gegründet. Kein Chef leitet sie. Sie arbeiten zusammen und leben zusammen. Ihre Produktionsmittel sind niemandes Privateigentum. Sie stellen alternative Nahrungsmittel her.

In Frankfurt-Bonames haben sich Arbeitslose in einer Selbsthilfe zusammengeschlossen. Sie besorgen Entrümpelungen, beliefern Flohmärkte, reparieren Kfz's, bauen Möbel. Sie warten nicht auf Arbeitsplatzbeschaffung durch Regierung oder Unternehmer.

Fortsetzung auf S. **2**

ESG

Fortsetzung von S. 1

Wie geht es weiter?

Die vielfältige materielle und moralische Solidarität aus der gesamten BRD und vor allem aus der Hamburger Linken und der innerkirchlichen Opposition, hat uns darin bestärkt, unbeirrt weiterhin im Sinne der freiheitlichen Traditionen des Christenstums für gesellschaftliche Veränderung zu kämpfen. Unverzichtbar dafür ist die Kommunikation mit den Menschen und Gruppen, die sich bisher im MLK-Haus getroffen haben. Dagegen will die Kirche in Zukunft eine ESG ohne oder nur mit ihr genehmen Gastgruppen. Darauf lassen wir uns nicht ein!

Wir kämpfen weiterhin innerhalb der Kirche für die Wiedereröffnung des MLK-Hauses für ESG und Gastgruppen. Aber gleichzeitig bauen wir eine materielle Unabhängigkeit auf:

– vorläufiges Büro: bei Klaus Wörmann, Durchschnitt 25, Hamburg 13, Telefon 45 15 67

– ein Förderverein bringt schon jetzt eine kleine finanzielle Grundlage. (Man kann mit 5,– oder 10,– DM Mitglied werden!)

– Tagungsräume sind uns spontan von aufgeschlossenen Kirchengemeinden zur Verfügung gestellt worden.

Solidarität mit uns üben, heißt: mit uns zusammenarbeiten – sich über das Geschehene informieren (unsere Dokumentation ist noch erhältlich), an unseren Veranstaltungen und Gruppensitzungen im Wintersemester teilnehmen (rechtzeitig vorher kann unser Semesterprogramm abgeholt werden) und Raumbedarf für Gruppensitzungen der Gastgruppen wie gewohnt bei uns anmelden, damit wir die entsprechenden Räume beschaffen können. •

Fortsetzung von S. 1

Der englische Großkonzern Lucas Aero-Space plante Rationalisierungsentlassungen. Um sie zu verhindern, entwarfen die Beschäftigten einen Gegenplan zu dem des Mangements, konstruierten nützliche Produkte, fertigten davon mittels ausrangierter Maschinen Prototypen und bewiesen dann noch, daß die Produkte Marktchancen haben.

In Wales beweist eine Forschergruppe durch ihre Lebensführung: auch komfortgewöhnte Menschen können so leben, daß die Umwelt nicht ausgeraubt wird. Sie entwickeln Elemente einer „soft technology", dh. sie gewinnen zB. Energie per Wärmepunpe, Sonnenofen und Windmühle.

Die Organisationen der sogenannten „Diggers" in den USA übernehmen Farmen und gründen Geschäfte, in denen nicht mehr mit Geld getauscht wird. Sie schaffen Kliniken, um die ärztliche Versorgung der Subkultur zu sichern. Sie erheben von ihren Nutznießern eine Alternativ-Steuer, planen eine Föderation ihrer Kommunen mit eigenem Schecksystem und eigener Bank.

Die Ujamaa-Politik in Tansania hat zum Ziel, die Entwicklung des Landes durch Anwendung mittlerer Technologien nunmehr vorrangig von den Dörfern ausgehen zu lassen, nicht von den Industriezentren.

Im Zuge der Anti-AKW-Bewegung bildete sich im DGB nach einem Aufruf von Heinz Brandt ein „Aktionskreis Leben" mit dem Ziel, die Gewerkschaften von ihrer Anbindung an die Wachstumsideologie, insbesondere von ihrer Unterstützung des Atomprogramms abzubringen.

Strukturkrise des Kapitals, Rationalisierungsarbeitslosigkeit, Sinnentleerung der Arbeit, Raubbau an der Natur, Umweltkrise steigern sich. Was können Gewerkschaften dagegen tun, wenn sie weiterhin am Wachstumsfetisch festhalten? Wie sieht eine auf menschliches Maß gegründete und in den Naturkreislauf eingebettete Ökonomie aus? Was bedeutet „angepaßte Technologie" und wie läßt sie sich politisch durchsetzen? Kann ein Sozialismusmodell, das am – kapitalistisch vorgegebenen – Wachstum festhält und das der Genosse Bahro systematisch kritisiert hat, menschliche Hoffnungen mobilisieren? Hat das zunehmende Unbehagen über die Auswirkungen kapitalistischer Raubbauwirtschaft, wie es sich in Bürgerinitiativen, in der Anti-AKW-Bewegung, in alternativ-ökonomischen Versuchen ausdrückt, systemsprengende Tendenz? Werden in der Auseinandersetzung Kapital – Arbeit qualitative Forderungen zunehmend bedeutsamer gegenüber den auf Quantität gerichteten Verteilungskämpfen?

Viele Fragen. Zu viele – könnte man einwenden – für eine einzige Tagung. Wir glauben jedoch, daß wir sie alle stellen sollten, um sie in ihrer Gesamtheit diskutieren zu können. Denn was uns allen fehlt – das ist ein Bewußtsein von dem Verbindenden in vielen Bewegungen. Darum wollen wir auf dem Ratschlag auch nicht etwa Ratschläge erteilen, sondern gemeinsam beratschlagen. Wir laden alle herzlich ein. Wenn ihr Beiträge leisten könnt (Infostand, Wandzeitung, Dia-Vortrag, Referat, Gedicht, Lied, Arbeitsgruppenleitung), umso besser!

Mit 10 DM bist du dabei!
Beginn: Freitag, 29.9. abends
Ende: Sonntag, 1.10. nachmittags oder abends
Ort: Hamburger Markthalle (Arbeitsgruppen z.T. dezentral)

Im Preis inbegriffen: eine Broschüre mit vielen Texten zu oben aufgeführten Fragen.

Wer kommt? Zum Beispiel Carl Amery („Natur als Politik"), Dieter Braeg (Betriebsrat bei Pierburg/Neuß), Hans Walter Krause (Betriebsrat bei Interatom), Schäferei Finkhof (verkaufen Wolle), Klaus Traube („Müssen wir umschalten?", ehemals Atommanager).

Schickt uns einen Scheck oder eine Überweisung von 10 DM. Wir senden euch die Broschüre, Programm und Teilnehmerkarte dafür. (Broschüre allein gibt's für 6,80DM)

Unsere Anschrift:
AG Alternative Ökonomie im Sozialistischen Büro Hamburg, Altonaer Str. 28, 2 HH 6
Tel: 040/ 433289 (meist ab 18 Uhr)

Unser Konto:
Georg Habich, Sonderkonto Alternative Ökonomie, Nr. 1314/ 121342, Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550

Schwebebahn

Das gilt immer noch, wenn auch das Gericht trotz unserer Beerdigung in der letzten Nummer den Bau der Schwebebahn genehmigt hat – wenn auch mit leichten Einschränkungen betreffs Geschwindigkeit und Frequentierung.

VERANSTALTUNGEN

Betr.: Veranstaltungskalender

Wir haben beschlossen, nicht mehr zu versuchen, den kommerziellen Veranstaltungskalendern Konkurrenz zu machen. Ihr habt ja wohl fast alle so ein Ding in der Wohnung. In Zukunft werden also nur noch Termine von Veranstaltungen und Treffen erscheinen, die woanders kaum stehen – und Adressen wie bisher.

Macht es Euch doch bitte mal zur Gewohnheit, alles was Euch zu Ohren kommt in dieser Hinsicht an die Redaktion zu schicken – das würde uns die Arbeit erleichtern und für alle mehr Information bringen.

7.9. Donnerstag

Denkt an Prag – Kulturveranstaltung, 19 Uhr 30 im Hamburg-Haus, Gr. Saal, Doormannsweg 12.

Die Veranstaltung soll den lebendigen tschechoslowakischen Widerstand bewußt machen. Der tschechische Liedermacher Karel Kryl wird Lieder des Widerstandes vorstellen, die in Deutschland entstanden sind. Dann eine Tonbild-Dia-Show „Vom Prager Frühling bis zur Charta 77" und eine Ausstellung über den Widerstand in der CSSR heute. Veranstalter: Verlag Neue Welt und Vereinigung Kultur und Volk, Köln und Hamburg. Unterstützer bisher: Buchhandlung Bert Brecht.

Freitag 8.9.

19 Uhr, Filme, Lesen, Dias – von Alf Olbrich, Birger Bustorstorf, Günther Minas, aus Braunschweig, im Welt-Buchladen, Marktstr. 12, Hamburg 6.
Kino: endlich gibt's wieder „Jonas" Abaton 20.45 vom 8.–14.9.

Sonntag 10.9.

Offenes Plenum der Kneipengruppe Frauenkneipe, 16 Uhr, Stresemannstr. 60.

Donnerstag 14.9.

Stemmenfete in der Frauenkneipe, Stresemannstr. 60, 20 Uhr

Samstag 16.9.

Flohmarkt in der Frauenkneipe 15 Uhr, Stresemannstr. 60.

Mittwoch 20.9.

10 Uhr Fahrradversteigerung im Fundbüro, Bäckerbreitergang 73

Freitag 22.9.

Filme, Dias von Uli Märklin, 21 Uhr Welt-Buchladen, Marktstr. 12, einmalige Vorführung.

Dienstag 26.9.

Prozeß gegen Karl Winter beginnt, Hannover, wahrscheinlich wie üblich um 9 Uhr.

Mittwoch 27.9.

Fahrradversteigerung im Fundbüro Bäckerbreitergang 73

Samstag 30.9.

19 Uhr „Aufruf zur Dritte-Welt-Arbeit durch Übernahme von Dorfpartnerschaften" Informationsveranstaltung mit Erfahrungsbericht und Dia-Vortrag der Internationalen Jugendgemeinschaft (IJG) zusammen mit der Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, W-Berlin, Hamburg 11, Admiralitätsstr. 71, Kontakt: 49 91 33.

1.10.

Große Strobo-Fete: 1 Jahr Strompreisboykott, Diskussion, Information, Musik. Nicht nur für Boykotteure, sondern jeden den es interessiert. Ort stand bis Redaktionsschluß noch nicht fest: entweder Fachhochschule, Rauhes Haus oder Gemeindehaus der Christuskirche Wandsbek.

Sperrmülltermine

4.9. Holstenstr.; 5.9. St. Pauli-Schlump; 6.9. Dulsberg; 7.9. Ottensen; 8.9. Rotherbaum; 11.9. Wandsbek-Nord; 12.9. Finkenwerder; 13.9. Eppendorf; 14.9. Wandsbek-Süd; 15.9. Heimfeld; 18.9. Epp., Winterhuder Markt; 19.9. Tonndorf-Jenfeld; 20.9. Hausbruch-Fischbek; 21.9. Alsterdorf; 22.9. Horn; 25.9. Eissendorf; 26.9. Fuhlsbüttel; 27.9. Öjendorf; 28.9. Rissen; 2.10. Sinstorf; 3.10. Hummelsbüttel; 4.10. Blankenese. Das sind jeweils die Tage an denen der Sperrmüll abgeholt wird.

Ständige Termine:

Humanes Wohnen (Bundesstr. 9, Hamburg 13, Tel. 410 42 28): jeden SOnnabend 14 Uhr, Information und Beratung zu Wohngemeinschaftsfragen (im Schwarzmarkt); jeden Montag 18 Uhr, Öffentliche Redaktionssitzung „Montagsnotizen" (im Schwarzmarkt); jeden Dienstag 19 Uhr 30, WG-Gründungstreff am 12.9. und 26.9. für WG's ohne Kinder, am 19.9. und 26.9. für WG's mit Kindern (im AK 71, Bundesstr. 22a)
Kollegenkreis Alsterdorf: jeden Mittwoch 19 Uhr bei H. Waltrath, Gerichtsstr. 39.
Tageszeitungsgruppe: jeden Dienstag 20 Uhr, Flohmarkt-Kneipe, Carsten-Rhederstr.45, Hamburg 50.
Anti-AKW-Plenum: Donnerstags 19 Uhr im Öko-Laden, Lutterothstr. 33.
Frauenzentrum (Langenfelder Str. 64 d, 2. Hinterhof, Hamburg 50) Tee-Cafe jeden Mi, Do, So 16 bis 20 Uhr. Neuentreff: jeden letzten Donnerstag im Monat, 19 Uhr; Müttergruppe: jeden 1. Dienstag im Monat 19 Uhr 30, Lesbengruppe: jeden Freitag 20 Uhr.
F.R.A.U. jetzt im neuen Laden, Geschwister-Scholl-Str.18. Offener Abend für neue Frauen; jeweils Donnerstags ab 20 Uhr, Kontakt: Frauke 47 01 86, Edda 46 59 80.

BUCHLADEN IN DER OSTERSTR.

BEI UNS FINDET IHR EIN GROSSES ANGEBOT AN TASCHENBÜCHERN, SACHBÜCHERN, ROMANEN UND ERZÄHLUNGEN, KINDER- UND JUGENDBÜCHERN, POLITISCHER LITERATUR UND PREISWERTEN SONDERAUSGABEN.
DAZU: BÜCHER VON FRAUEN FÜR FRAUEN
AKTUELL: LITERATUR Ü. ARGENTINIEN

SCHAUT 'MAL VORBEI: OSTERSTRASSE 156 TEL.: 4919660

die druckerei

Tel.: 723 98 10
205 HH 80, Zollenspieker Hauptdeich 54

if-Filminitiative

Seit Anfang '77 arbeitet die if-Filminitative (Großheidestr. 27, 2 HH 60 Tel. 276887) mit filmischen Mitteln für die Unterstützung des Kampfes gegen die staatliche Repression. Von ihr erhielten wir folgende Selbstdarstellung.

Ziel unserer Arbeit ist es, in der Auseinandersetzung um Form und Inhalt des Widerstandes gegen den Abbau demokratischer Rechte, die fortschrittlichen Kräfte mit unseren Mitteln zu stärken und zur Vereinheitlichung der Aktionen durch überregionalen Einsatz unserer Filme beizutragen. Die Motivation für unsere Mitarbeit des Einzelnen in dieser Initative ist im Wesentlichen entstanden aus der aktiven politischen Auseinandersetzung in Basisinitiativen.

Unsere Aufgaben bestimmen wir gemeinsam auf regelmäßigen Treffen. Wir wollen damit erreichen, daß jeder den Überblick über die Produktion behält. Die konkreten Arbeiten teilen wir dann jeweils unter uns auf. Auch wenn wir uns immer wieder bemühen, die Qualität unserer Arbeit zu verbessern, liegt uns nicht viel daran, nur Fachleute heranzubilden. Die Parteilichkeit unserer Filme macht die Auseinandersetzung in den Initativen erforderlich. Da wir sehr häufig Filmeinsätze begleiten, nehmen wir teil an diesen Auseinandersetzungen.

Aufgrund der Zusammenarbeit mit anderen Filmgruppen konnten bisher zwei Anti-AKW-Filme erstellt werden und diverse andere Filme in den Verleih aufgenommen werden.

Wir sehen das Filmen im Super-8-Format als eine demokratische und relativ billige Möglichkeit, neben den bestehenden Produktionssystemen überhaupt noch Filme machen zu können. Dafür gibt es 2 schwerwiegende Gründe: 1. Der Umgang mit Super-8-Geräten ist einfach und sehr schnell zu erlernen. Dieses Medium ist weit verbreitet und dadurch überall verfügbar. Die Betroffenen können selbst über sich berichten und müssen nicht den Umweg über Profis machen, die oft ganz andere Interessen mit ihrer Arbeit verbinden. 2. Der finanzielle Aufwand liegt in einem sehr guten Kosten/Nutzen-Verhältnis. Da wir alle letztlich die Film-Produktion bezahlen müssen (Verleihpreise), ist es für uns selbstverständlich, die Kosten so gering wie möglich zu halten. Die Qualität des Super-8-Materials ist so ausreichend, daß wir schon viele Großveranstaltungen mit mehr als 1.500 Beteiligten durch Filme unterstützt haben. Auftretende Unschärfen oder Tonstörungen liegen nicht am Super-8-Format, sondern leider immer noch an der Nachlässigkeit bei der Filmherstellung.

Der Versuch, eine alternative Filmproduktions- und Vertriebsinitiative aufzubauen, ist in sehr kurzer Zeit von den Basisgruppen, Jugendgruppen, Bildungseinrichtungen usw. angenommen worden. Hunderte von Veranstaltungen wurden durch den Einsatz unserer Filme in den letzten anderthalb Jahren unterstützt. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortführen.

Die Ausweitung unseres Film- und Videovertriebes macht die Erstellung eines umfangreichen Kataloges notwendig. Auf ca. 80 Seiten werden 20 Filme und Dia-Tonserien sowie 60 Videofilme und deren Einsatzmöglichkeiten beschrieben. Der Katalog wird außerdem von Erfahrungen berichten, die wir mit unserer Initiative für Super-8-Filme gemacht haben. Da die Herstellung des Kataloges sehr teuer ist, bitten wir euch schon jetzt, Vorbestellungen vorzunehmen. Überweist bitte 5,- DM (oder mehr) auf unser Postscheckkonto Hamburg, 403852 – 202 Sonderkonto Voss, Hamburg 20, Stichwort if-Katalog. Sobald der Katalog fertig ist, erhaltet ihr ihn automatisch.

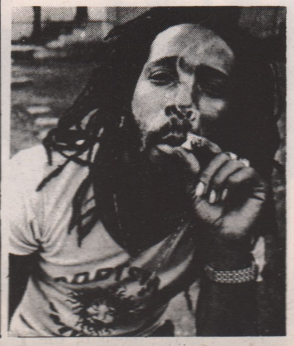
Wer Lust und Zeit hat, sich unsere Arbeit vor Ort in Hamburg anzusehen und mitzumachen, ist herzlich eingeladen. Wir sind unter der oben angegebenen Adresse ab 18 Uhr jeweils zu erreichen.

„ Hamburg, Du bist umzingelt" sollte der volle Text zu diesem Wandgemälde lauten, das ein paar Leute am Blankeneser Bahnhof gemalt haben. Leider kamen kurz vor der Fertigstellung des Kunstwerks ein paar „Grüne" (nee, keine Umweltschützer), mit deren Kunstverständnis es wohl nicht sonderlich weit her war und unterbrachen die Malerarbeiten. Und nun ist da wieder eine weiße Wand, so eine richtig einladende weiße Wand.

Noch schärfere Verfolgung von Drogenabhängigen: Die „guten alten Zeiten" sind vorbei!

Die guten alten Zeiten sind vorüber. Die Zeiten, wo die Stadtreinigung unter dem amüsierten Beifall der Bürger die Hippies und Flippies mit Wasserschläuchen von den öffentlichen Plätzen vertrieb. Etwas erschrocken waren sie schon, die Träger der Staatsgewalt, weil die künftige Elite der Nation, die sie an ihren Gymnasien und Universitäten heranzüchteten, mehr von Liebe als von Leistung hielt und angekifft durch die Gegend rannte. Und daß die Manager von Morgen auf ihren Feten keine Martinis (mit Oliven) schlürften, sondern den Joint herumreichten und über indischen Hanf anstatt über indische Baumwollaktien redeten, muß bei so manchem Kapitalisten den Wunsch erweckt haben, sich aus Verzweiflung vorzeitig zur Ruhe zu setzen.

So richtig wehgetan hat man sich damals nicht (wer seine Kinder zu einem bestimmten Zweck braucht, verhaut sie vielleicht, aber er bringt sie nicht um). Zuerst hat man es mit guten Worten versucht.



Drogenberatungsstellen entstanden fast so zahlreich wie die Hanfpflanzen in den Kräutergärten der Landkommunen. Dann noch ein wenig Zwang, Leistungsdruck und Drohung, und aus der Macht der Blumen wurde wieder eine mächtig deutsche Eiche.

Aber das ist alles lange her, und wie gesagt, die guten alten Zeiten sind vorüber.

Beim Tunix-Treffen in Berlin stand ein Typ in der Menge und hielt ein Schild in den Händen: „Wer schenkt mir ein Stück Haschisch?" Das kann man noch ganz lustig finden, aber in der selben Stadt gehen 12-jährige Kinder auf den Strich, um ihre Heroin-Sucht zu finanzieren. Axel Caesars Zeitungen nehmen es zur Kenntnis, aber es regt sie nicht auf. Vor einigen Jahren war das noch anders: da hat man sich fast überschlagen, wenn ein paar Freaks im Stadtpark saßen und den Joint herumreichten.

Was ist inzwischen passiert? Wieso diese auffallende Gleichgültigkeit gegenüber dem Elend vieler Jugendlicher? Eins ist klar: Es sind nicht die Kinder der Direkoren und Stadträte, die sich heute in den Toiletten und Parks totfixen. Es sind die Kinder von Arbeitern und kleinen Angestellten, von Arbeitslosen und Hoffnungslosen. Keine Lehrstelle finden oder als Hilfsarbeiter öde Sklavenarbeit zu verrichten; die Unterdrückung von Fantasie, Selbstbestimmung, Zärtlichkeit – es gibt viele Gründe, sich vollzuknallen.

Aber darauf wartet der Staat ja nur: daß wir uns einlullen lassen von der Internationale der Rauschgifthändler und Psychopharmaka-Industrie. Denn noch etwas ist sicher: Der Staat hat das „Drogenprobelm" fest im Griff, kaum eine Randgruppe wird so kontrolliert, so bespitzelt und bedroht, wie die Drogenkonsumenten und Süchtigen. Die Bundesregierung fördert eine Anzahl von Drogenberatungsstellen und verlangt, daß sie Karteikarten führen, die eine Menge Informationen enthalten. Welche Drogen man nimmt, Namen von Freunden und Kontaktpersonen usw. Diese Karteikarten werden von einem Computer ausgewertet. Das alles soll „anonym" bleiben, aber in Aachen haben sie vor einiger Zeit eine Razzia veranstaltet, Karteikarten und Akten mitgenommen und dann Strafverfahren gegen viele Jugendliche eingeleitet. Das Bundesverfassungsgericht hat dann ein bißchen gedroht, weil die „Verhältnismäßigkeit der Mittel" nicht eingehalten wurde (wenn schon Razzia dann bitte nicht mit solchem Aufwand), aber Abschriften und Kopien der Akten durfte die Polizei behalten.

Der Hamburger Senat vergießt Tränen der Rührung, was doch alles getan wird für Drogenabhängige. Nur sieht die Wirklichkeit etwas anders aus: Im Drogenberatungszentrum „Kö 16a" sollten die Mitarbeiter Namen und Adressen der Jugendlichen weitergeben an den Leiter vom Referat Jugendschutz, der Dienstvorgesetzter der Drogenberatung ist. Und bei der Gesundheitsbehörde werden die Namen von Drogenabhängigen registriert, die einen Entzug in der Drogenklinik machen. Da steht dann dein Name jahrelang in den Akten und Karteien der Bürokraten und du weißt nie, wie sie die Information verwenden.

Weil der Staat ein System der Gewalt ist, kann er auch nur mit Gewalt reagieren. Und die „Drogenexperten" diskutieren, wie sie das System verschärfen können. Eine Idee ist ihnen schon gekommen: die Möglichkeit der Zwangseinweisung soll erleichtert werden. Immer häufiger kommt es vor, daß Richter und Staatsanwälte ehemalige Junkies, aus den therapeutischen Wohngemeinschaften herausholen wollen, indem sie ihre Bewährung widerrufen. Im Knast sind diese Typen doch viel besser aufgehoben, so stellen sie sich das vor. Nur die Solidarität der Betroffenen hat das bisher verhindert.

Der Staat will die bisher geschaffenen Ansätze echter therapeutischer Arbeit vernichten und kennt für Drogen- und Alkoholabhängige nur zwei Aufbewahrungsorte: Knast oder Psychiatrie. Teilweise ist das schon gelungen und es wird höchste Zeit, wirksam dagegen anzugehen.

Kontakt: Jürgen Wiechmann
ABC-Straße 6, 2 HH 36
Tel. 34 24 96

Neuer Umweltkalender

Auch für 1979 gibt die Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz Darmstadt einen (grünen) Umweltkalender raus, mit Informationen, Daten, Tips, Rezepten und jeder Menge Umweltcomics von Jari Cuypers. Der Kalender ist 256 Seiten dick und paßt in jede Tasche. Er kostet 5,- DM (+ Porto). Initiativen erhalten Rabatt (ab 10 Stück). Bestellungen an: Mechthild Bill, Frankfurter Str. 55, 6100 DARMSTADT. Der Erlös aus dem Verkauf geht auf das Rechtshilfekonto gegen das AKW Biblis.

kain erschlug seinen bruder abel
und wurde in deutschland ansässig

land der dichter
denker
henker

auschwitz
stammheim
goebbels
springer
filbinger

das gleiche gesicht
abendländisch schlicht
erhabene züge
die christliche lüge
vom nützlichen leiden
und bösen heiden

wer der macht nicht dient
ist ein ketzer
volksaufhetzer
verfällt
nach abendländischer tradition
der inquisition –
den henkern
van auschwitz und stammheim

lothar leidereiter

ICH WILL DIE „große freiheit" ABONNIEREN.

Ab Nr.: ..... bestelle ich

O 6 Nummern für 8,40 Mark (inkl. Porto)

O 12 Nummern für 16,80 Mark (inkl. Porto)

O ein Förderabonnement (Abo und ein paar Mark mehr) in Höhe von ..... DM

Name: .....

Anschrift: .....

.....

Die Bestellung wird berücksichtigt, sobald der Betrag auf unserem Konto PSchaA Hamburg 370409-202 (U.Penselin) eingegangen ist.

Nicht „große freiheit" auf die Zahlkarte schreiben!

Das Abo läuft aus, wenn es nicht verlängert, d.h. wenn nicht neu bezahlt wird. Ein Schrieb in der letzten bezahlten Zeitung weist auf diesen gefährlichen Umstand hin.

Bitte schreibt „Neu-Abo" oder „Verlängerung" auf die Zahlkarte.

Schickt diesen Abschnitt an:
„große freiheit"
Glashüttenstr. 114
2000 Hamburg 6

OFFENER BRIEF

An das
Bundesamt für den Zivildienst
Postfach 520120
5000 Köln 1

Am Dienstag, den 1. August 1978, nahm sich der Zivildienstleistende Carsten Kröger im Alter von 20 Jahren das Leben. Er leistete seinen Zivildienst seit einem Monat beim Verband Hamburger Spielplatzinitiativen, nachdem er zuvor auf eigenen Wunsch hin vom Arbeitersamariterbund zu uns versetzt worden war. Wir sind betroffen über den Tod unseres Kollegen.

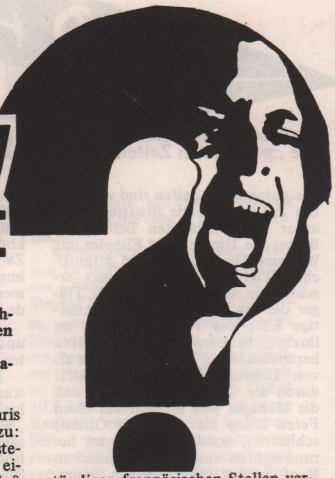
Wir wissen nichts Näheres über die Gründe, die zu seinem Tod führten. Wir können aber feststellen, daß in den letzten Jahren die Zahl der jungen Menschen, die den Tod als einzigen Ausweg aus ihrer Situation betrachten erheblich angestiegen ist. Gerade junge Menschen werden mit einer zunehmend schlechter werdenden Perspektive konfrontiert: Jugendarbeitslosigkeit, Schulstreß, mangelhafte Berufsausbildung und verschiedene andere Punkte sind als Gründe für diese Verschlechterung hinreichend bekannt. Dazu kommt die zunehmend stärkere Repression gerade in den Lebensbereichen junger Menschen, auch im Zivildienst. Versuche, gegen diese Entwicklung anzugehen, führten zu einem bundesweiten Streik der Zivildienstleistenden im Januar diesen Jahres. Die Folge war wieder Repression. Am Tage seines Todes erhielt Carsten von seinem Dienststellenleiter die Nachricht, daß gegen ihn wegen seiner Beteiligung am Streik eine Disziplinarstrafe vorliegt.

Wir haben uns Gedanken darüber gemacht, warum wir Carsten, der sich ja nicht alleine in dieser Situation befand, nicht helfen konnten. Wir sind zu keinem Schluß gekommen. Wissen wir erst mehr, wenn der nächste Selbstmord passiert?

gez. die Zivildienstleistenden und Spielplatzpädagogen im Verband Hamburger Spielplatzinitiativen.

HAMBURGERIN INS NETZ DER PARISER "TERRORISTEN"-FAHNDER GERATEN – GEFOLTERT!

Wer hat Heidy gefoltert



Am 21. März '78 erlitt Heidy Kempe-Böttcher, die seit Anfang dieses Jahres in Paris lebt, im Polizeigewahrsam Verbrennungen und Verätzungen 2. und 3. Grades, hauptsächlich im Genitalbereich. (s. Kasten).
Acht Tage später „berichtet" als erste Zeitung die „BILD" Hamburg darüber.

Wie alles anfing:

Der Hausmeister fühlt sich durch Lärm belästigt, alarmiert die Polizei. Die angetrunkene Heidy wird von 6-10 Polizisten aus ihrer Wohnung in einem Polizeibus abtransportiert. Ihr Freund Jacques besteht darauf, sie zu begleiten. Um ca. 17.20 fährt der Polizeibus in Richtung Revierwache Rue de Nantes. Hier muß Jacques gegen seinen Willen aussteigen und wird auf der Wache längere Zeit festgehalten. Wohin Heidy gefahren wird, weiß niemand (sie erinnert sich an nichts). Sie wird jedenfalls am gleichen Tag, den 21.3.78, gegen 22.00 Uhr von ihrem Freund wiedergefunden: In der psychiatrischen Klinik St. Anne – mit Verbrennungen schwersten Grades. Erst ca. 20 Stunden später wird Heidy auf Betreiben ihrer Pariser Freunde in die Abteilung für Schwerverbrannte des Krankenhauses Cochin überwiesen.

Es sind seitdem fünf Monate vergangen, aber bis heute wurde von den offiziellen Stellen nicht aufgeklärt, von w e m und w a r u m Heidy gefoltert wurde. Nur eines ist sicher: Heidy wurde in betrunkenem, aber sonst unversehrten Zustand und gegen ihren Willen aus der Wohnung abtransportiert. In diesem Punkt stimmen alle Zeugenaussagen überein!!!

Was BILD daraus machte:

In dem hetzerischen BILD-Artikel vom 29.3.78 wurde Heidys Wohnung von der Polizei „gestürmt" und „kämpfen die Ärzte um das Leben der Hamburger Fremdsprachenschülerin"! Name und Adresse werden vollständig angegeben! Schreiberling Auberle nennt auch den „Grund" für das Vorgehen der Polizei:

„....vermutlich, weil sie Kontakt zu linksradikalen Kreisen hatte".

Auf einer Pressekonferrenz in Paris am 25.4.78 sagte Heidy dazu: „Nach monatelanger ‚RAF-Hysterie' in der BRD ist die Wirkung eines solchen Artikels klar, ohne daß es ausdrücklich angesprochen werden muß: Die Schuld trägt das Opfer, trage ich, aber schlimmer noch, das Opfer selbst wird suspekt". – Aber BILD schreibt auch ein Stückchen Wahrheit: „...Heide K.-Böttcher war in Hamburg im Sozialistischen Studentenbund (SSB), (richtig: bis 1974) entwarf Flugblätter für Demonstrationen (richtig: sie war damals presserechtlich verantwortlich dafür) und war auch in Soltau bei der Kundgebung gegen SS;Kappler dabei (richtig: das Kennzeichen ihres Wagens wurde dort vom VS fotografiert!)!!

Daß der Artikel von „Schülerin" und „Mädchen" spricht, ist sehr verwunderlich: Heidy ist 26 Jahre alt und hat die Fremdsprachenschule seit drei Jahren abgeschlossen. Heidy selbst erklärte dazu auf der Pressekonferrenz in Paris: „...Meine Verfassungsschutzakte endet mit meinem Eintritt auf diese Schule. Lediglich eine Ergänzung wurde vorgenommen: meine Beteiligung an der antifaschistischen Demonstration gegen SS;Kappler..." Besser kann man gar nicht nachweisen, wie eng Springer und der VS Hand in Hand arbeiten!!!

Solidarität mit Heidy!

Heidys Schwester in Hamburg forderte sofort die Botschaft der BRD in Paris auf, sich für eine zügige und restlose Aufklärung dieses Verbrechens einzusetzen. Man antwortete ihr aber: „...daß es mit den Aufgaben einer Auslandsvertretung unvereinbar ist, von sich aus in der von Ihnen angeregten Weise tätig zu werden. Wenn derartige Bemühungen dem Gastland bekannt würden, so würden diese bei den zuständigen französischen Stellen verständliche Verstimmungen und Reaktionen hervorrufen..."

Andererseits ist ja bestens bekannt, wie grenzenlos schnell und präzise offenbar die Zusammenarbeit westdeutscher Stellen (wie BKA, Verfassungsschutz etc.) mit französischen u.a. Behörden und Polizei funktioniert, nämlich bei der „Terroristenjagd".

ALLES DEUTET AUCH IM FALLE HEIDY AUF EINE DERARTIGE „ZUSAMMENARBEIT" HIN!!!

Demgegenüber äußerte sich der franz. Generalkonsul, nachdem er vom Hamburger Solidaritätskomitee Berge von Protesterklärungen erhielt, gegenüber der Schwester, daß es für ihn „ziemlich klar (sei), daß für die Mißhandlungen an Heidy nur Polizisten infrage kommen, und zwar solche mit Algerien-Erfahrung" (Flugblatt des „Hamburger Solidaritäts-Kommitees vom 28.6.78). Mehr Licht in diesen Skandal kann nur durch die Solidarität mit Heidy gebracht werden. So haben französische Persönlichkeiten (Simone de Bovoir, Jean-Pierre Faye, Daniel Guerin, Arno Münster, Jean-Paul Sartre und Jean-Pierre Vigier) in einer Erklärung gezielte Fragen an „alle Verantwortlichen dieser Affaire" gestellt und fordern: „Es muß die ganze Wahrheit ans Licht kommen über diesen Fall, der in der Tat darauf hinauslaufen könnte, das Verhalten gewisser Polizeistellen und der Repressionsorgane im allgemeinen infrage zu stellen..." (lt. „Le Monde vom 18./19.6.78).

In der Tat wird solche Folter nicht von „normalen" aufgehetzten und frauenfeindlichen Polizisten verübt. So etwas hat politische Motive. Beim Verhör sagte man Heidys Freund: „...Also, deine Freundin ist eine Linksradikale, die aus Deutschland geflohen ist, sie hat es uns gesagt..." (lt. Zeugenaussage von Jacques). Weiter: Heidys Wohnung wurde während ihres Krankenhausaufenthaltes durchsucht, im Krankenhaus wurde von Polizisten versucht, sie gegen ihren Willen zu verhören.

Als erster reichte schon am 7.4.78 der PS- (Parti Socialiste) – Abgeordnete Forni eine Anfrage ins Parlament ein, weitere folgten. Die Gewerkschaft CFDT, in der Heidy organisiert ist, verabschiedete eine Resolution. Am 7.4.78 demonstrierten in Paris ca. 2.500 Menschen, überwiegend Frauen, unter der Parole: „Heidy gefoltert, von wem – warum? Wir wollen die Wahrheit wissen." – Zahlreiche Veranstaltungen und Unterschriften-Aktionen fanden in vielen Orten Frankreichs statt.

Das Hamburger Solidaritätskommitee ist jederzeit gerne bereit, jedem Interessierten zusätzliches Material zu schicken –

Adresse: Solidaritäskommitee Heidy, p/A Hilke Böttcher, Bahrenfelder Chaussee 29, 2000 Hamburg 50, Tel.: 86 24 71.

Spendenkonto: Hilke Böttcher (bitte immer angeben), Stichwort „Heidy" – Haspa – 1016/76 64 36 – BLZ 200 50 50.

Solidaritätsdemonstration für Heidy in Paris

Gutachten von Dr. Pierre Vellay
Gynäkologe und Geburtshelfer

Ich, der Unterzeichnete, Gynäkologe und Geburtshelfer, versichere, Fräulein Heide Kempe-Böttcher in der Klinik untersucht zu haben, als sie am 25.3.1978 vom Hospital Cochin kam.

Bei der Untersuchunt, die ich durchführte, habe ich über verschiedenen Körperteilen zahlreiche Hautverletzungen festgestellt, die Brandwunden glichen:

1. Leichere Verletzungen zwischen den Fingern der rechten Hand (zweiter, dritter und vierter Finger).
2. Ein Schorf von 1 cm, über dem Nabel, rechtsseits, etwa ein cm, und ein Schorf von einem 1/2 cm, linksseits, nahezu symetrisch.
3. Eine ausgeprägtere Schorfbildung auf der linken Bauchseite, am Vorderrand des geraden Bauchmuskels, unterhalb des Nabels.
4. Über der linken Flanke zwei kleine Schorfbildungen von 3 x 4 mm.
5. Erhebliche Brandwunden im Bereich des Dammes und der Schamlippen von zweiten und dritten Grades und im Bereich der Gesäßfalte.
6. Mehrere Schorfbildungen auf der Innenseite der Oberschenkel im oberein inneren Drittel
7. Eine Fingernagelkratzspur über der rechten Brustwarze von mehreren Zentimetern.
8. Einige leichte Schürfungen an beiden Armen auf Höhe des Bicepsmuskels.
9. Einige kleine Verletzungen im Oberkörperbereich.

Groenewold

Eine Nachbemerkung

Wir haben viel über den Prozeß gegen Rechtsanwalt Groenewold berichtet. Jetzt – etwas verspätet wegen der Ferienzeit – noch etwas zum Prozeßausgang.

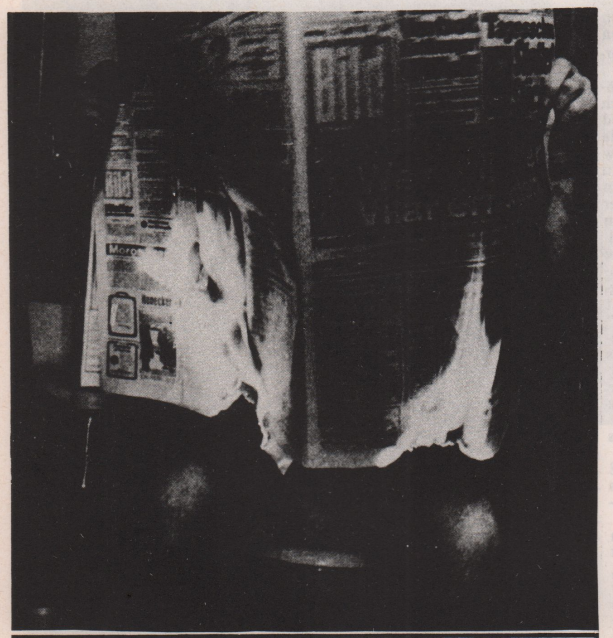
Am 10.7. 78 ist der Rechtsanwalt Kurt Groenewold zu 2 Jahren Haft mit Bewährung und zur Zahlung von 75.000,-DM an den Witwen- und Waisenfonds der Polizei verurteilt worden. In der Presse ist das Urteil anschließend als ziemlich milde eingeschätzt worden, zumal es als ungewöhnlich gilt, daß eine zweijährige Haftstrafe (die Staatsanwaltschaft hatte drei Jahre ohne Bewährung gefordert) zur Bewährung ausgesetzt wird. Das Gericht begründet dies damit, daß Strafen nur dann nicht zur Bewährung ausgesetzt würden, wenn die Gefahr bestünde, daß die Straftat wiederholt würde. Groenewold könne jedoch gar nicht wieder ein Infosystem zwischen verschiedenen Gefangenen aufbauen, da er nach den neuesten Gesetzen sowieso nicht mehrere Gefangene, die verdächtigt werden, einer kriminellen Vereinigung anzugehören, verteidigen dürfe.

Zur Urteilsbegründung bemerkte das Gericht weiterhin, daß die Verteidigung in der BRD selbstverständlich frei sei, aber nur im Rahmen de bestehenden Gesetze, und eben diese habe Groenewold zwar nicht wissentlich, aber doch fahrlässig verletzt. Im übrigen hätte die deutsche Rechtsordnung, was die Freiheit der Verteidigung angeht, einen Vergleich mit dem Ausland nicht zu scheuen. Offensichtlich hatten die Aussagen ausländischer Zeugen, wonach zB. in den USA als Verteidigungstätigkeit angesehen werde, was in der BRD als Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verfolgt würde, das Gericht doch etwas verunsichert.

Zu gute gehalten wurde Groenewold außerdem, daß er mit seinen ehemaligen Mandanten, „soweit diese noch am Leben sind", schon seit Jahren keinen Kontakt mehr habe und das Gericht außerdem den Eindruck habe, Groenewold habe in dem Prozeß „etwas dazugelernt". Indem sie die Strafe zur Bewährung aussetzten, haben sich die Richter den speziellen Schwierigkeiten, die mit Groenewolds Verurteilung verbunden waren, aus ihrer Sicht geschickt entzogen.

Das Verfahren gegen Kurt Groenewold war das erste in der BRD, in dem ein Verteidiger wegen seiner Verteidigungstätigkeiten angeklagt war. Es hatte damit Beispielcharakter für die zahlreichen noch ausstehenden Prozesse gegen andere Anwälte. Und: Groenewold war bereits vor Prozeßbeginn in Hetzkampagnen der bürgerlichen Presse vorverurteilt worden. Einen Freispruch, den die Verteidigung gefordert hatte, hätten sich die Richter also gar nicht erlauben können. Eine Haftstrafe, die Groenewold auch hätte absitzen müssen, hätte jedoch wahrscheinlich international ziemliches Aufsehen erregt, zumal ihm die Bundesanwaltschaft konkrete strafbare Handlungen eigentlich nicht vorwerfen konnte. Er soll durch das Info-System lediglich den Zusammenhalt der Gefangenen als Gruppe auch während der Haft – und damit die Erhaltung der Identität seiner Mandanten ermöglicht haben. Das Urteil des Gerichts gegen Groenewold stellt also in erster Linie ein bestimmtes Konzept von Verteidigung unter Strafe und gibt damit die Möglichkeit zur Verurteilung anderer Anwälte, ist jedoch dabei in den Konsequenzen für diesen angeklagten Anwalt im Verhältnis zu den Forderungen der Bundesanwaltschaft noch relativ „milde".

Für die schon ungeduldig Wartenden, die Freunde, die Interessierten: das Projekt „Tageszeitung", das undogmatische, ist nicht den Weg so vieler Initiativen gegangen und heimlich eingeschlafen – im Gegenteil: im Herbst, Ende September, erscheint die erste „Nullnummer" als Ergebnis der bisherigen Arbeit, als Diskussions- und Werbezeitung für jedermann/frau.



TAGESZEiTUNG

Eine Zwischenbilanz

In „Tu Nix", Ende Januar wurde die Idee der Tageszeitung aufgegriffen und das erste Mal öffentlich diskutiert. Zwar hat es in den Köpfen vereinzelter Linker oder kleiner Zirkel schon seit der Anti-Springer-Kampagne gegoren, aber erst seit dem letzten Herbst (dem deutschen) wurde die Herausgabe einer TAGESzeitung ernsthaft angegangen. Die Unterschlagung brennender Fragen zu Schleyer und Stammheim in der der etablierten Presse der BRD hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Der Nebel politischer und kulturelle Gängelei und Tabuisierung soll weggeschoben werden.

Prospekt Tageszeitung

Wir brachten erste Ansätze unserer Vorstellungen in dem „Prospekt Tageszeitung" zur Diskussion (dieser ist nach wie vor in linken Buchläden und bei uns zu beziehen). In einzelnen Artikeln und Thesen wurden Ansprüche angehäuft: es soll kein Meinungsblatt (ideologisierendes) werden, wir wollen gegenüber Kontroversen, Meinungen offen sein, alle, die nicht zu Wort kommen, können schreiben, kritische Auffassungen und Informationen sollen in eine breite Öffentlichkeit getragen werden usw. usw. (Prospekt S.4). Die vielen Wünsche und Pläne aus dem Prospekt mußten seitdem immer wieder diskutiert werden, die Vorstellungen mußten sich an der Realität messen, viele der zu Markte getragenen Ansprüche sind nur sehr schwer und nicht alle auf einmal einlösbar. Das Erscheinen des Prospektes führte zu der Gründung von über zwanzig Initiativ-Gruppen.

Spielnummer

Um die oft nur abstrakten Diskussionen innerhalb und zwischen den Initiativgruppen am Konkreten fruchtbarer werden zu lassen, wurde eine „Spielnummer" hergestellt: wir machten für uns an einem willkürlichen Stichtag im Juni eine Tageszeitung, experimentierten, sammelten Erfahrungen. In der Auseinandersetzung um die Spielnummer kristallisierten sich inhaltliche Schwerpunkte heraus: *Internationales, Betrieb + Gewerkschaften, Ökologie, „alternatives Leben"* sollen Bereiche sein, um die wir uns besonders bemühen wollen.

Es kommt uns aber nicht nur auf die Formulierung inhaltlicher Konzeptionen und technischer Modelle an, sondern auch auf die Schaffung eines neuen, spezifischen Arbeitszusammenhangs.

Das „Alternative" an der Tageszeitung beschränkt sich nicht allein auf die Verbreitung anderer Informationen, sondern es soll auch für jeden spürbar werden, daß die Zeitung anders hergestellt wird. Das bedeutet für die Zeitung, eine neue, demokratische Struktur zu finden. Das Netz von Initiativen und Unterstützungsgruppen muß nicht nur über alle Regionen gespannt sein, es muß auch möglichst viele Bereiche umfassen. Es müssen Diskussionen laufen zwischen den Initiativen und Gruppen. Manchmal werden die Debatten recht hart. Das fordert Zeit und Aufwand.

Denn eine ‚neue' Zeitung kann nicht von ein paar Journalisten gemacht werden, die vielleicht eine Redaktion in Berlin und eine andere in Bonn für Hintergrundberichte zur ‚großen' Politik haben.

Eine erste Nullnummer

Nächster praktischer Schritt wird die erste öffentliche Ausgabe einer Tageszeitungs-Nullnummer sein. Wir verbinden damit verschiedene Ziele: eine konkretere inhaltliche Auseinandersetzung nach aussen und unter uns; Erfahrungen mit der Herstellung einer Tageszeitung; Werbung und das Vertrauen draussen und für uns zu schaffen, daß die Tageszeitung eine faßbare Gestalt annimmt. Der Stichtag für die Nullnummer ist der 18. September: dh. wir wollen beispielshaft eine Tageszeitung herstellen, wie sie am 19. September nach unserer Vorstellung erscheinen sollte (jeder, der Artikel schicken will, ist herzlich eingeladen). Der Umfang beträgt 12 Seiten nebst Einlegeblatt mit Spendenplakat und einer Selbstdarstellung. Die Nullnummer wird einige Tage später gedruckt. Sie ist dann in allen linken Buchläden erhältlich oder kann direkt bei den örtlichen Initiativen bestellt werden.

Das Arbeitsgruppenkonzept

Wie schwierig es ist, wirklich ‚alternativ' zu berichten, zeigen die Erfahrungen mit der Spielnummer. Ohne ein ausgebautes Korrespondenten-Netz erfährt man erst gar nicht, was passiert, und wie es die Betroffenen wirklich sehen. Auch müssen die notwendigen Schreib- und Redigierweisen erst erlernt werden. Die Zeitung soll ja gerade nicht zum Agentur-Verschnitt mißraten. So haben sich Arbeits- und Ressortgruppen gebildet, die sich mit Schwerpunkten – nicht mit zukünftigen Seiten – der Zeitung befassen, wie Internationales, Ökonomie, Justiz, soziale Versorgung, Ökologie, Themen der Frauenbewegung, Jugend und Ausbildung... Sicher gehen alle diese Bereiche ineinander über. Arbeitstechnisch schien uns diese Aufteilung erst einmal unvermeidbar.

Die Arbeit dieser Ressort-Gruppen besteht zur Zeit darin, Verbindungen zu knüpfen, Informationen zu sammeln, kompetente Leute aus dem jeweiligen Bereich anzusprechen, Karteien und Archive anzulegen. Diese Arbeitsstruktur verliert mit dem Erscheinen der Zeitung nicht ihren Stellenwert: die Arbeitsgruppen bilden ein Diskussionsforum, werden mit Kritik und Anregung die Zeitung begleiten.

Regionalausgaben?

Natürlich ist es der Wunsch vieler lokaler Initiativen, schon von Beginn an mit einem Regionalteil zu erscheinen.

Das Lokale, das nicht zuletzt durch das Emporspriessen der Alternativ- und Volksblätter, der Bürgerinitiativen, ‚Bunten' wie ‚Grünen' eine ganz neue Bedeutung bekommen hat, ist ein unübersehbarer Teil linker Praxis- und Lebensvorstellungen geworden. Mittlerweile bekam es selbst für den traditionellen bürgerlichen Journalismus einen ganz neuen Stellenwert. Es kann deshalb jedoch nicht unreflektiert in eine linke Tageszeitung übernommen werden. Eine Tageszeitung kann die Alternativpresse nicht ersetzen und darf ihr keine Konkurrenz machen. Sie ist eher eine Ergänzung zu den regionalen Blättern und umgekehrt, inhaltlich und praktisch. Die Mieter-, Anti-AKW-, Stadteil- und Bürgerinitiativen sind nur ein Teil unserer Wirklichkeit und dürfen uns nicht zur Flucht ins Konkrete führen und den Blick für andere Bereiche der Wirklichkeit verstellen.

Die Diskussion um die Spielnummer brachte in dieser Frage zusätzliche Erkenntnisse: Es stellte sich mehr und mehr heraus, daß wir nicht von Anfang an in der Lage sein werden, Regional-Ausgaben und -Beilagen zu produzieren. So muß in dieser Frage allem Anschein nach eine Position, wie sie in der Broschüre formuliert wurde, verändert werden. Es wird voraussichtlich, nicht allein aus technischen bzw. finanziellen Gründen erst einmal keine Regionalteile geben. Es wäre auch verfehlt, das Interesse an einer Mitarbeit in einer Regionalinitiative einzig auf das Erstellen eines Regionalteils zu gründen. Eher sollten regionale Alternativblätter unterstützt oder vielleicht sogar neu gegründet werden. Die Redaktionsbüros oder Korrespondenten der Tageszeitung werden zu Anfang auch genug zu tun haben, für die nationale Ausgabe den Schleier des Schweigens über den heimischen Landstrichen zu lüften.

„Die Neue"

Auch uns erreichte in diesem Sommer die Kunde von einem zweiten linken Tageszeitungsprojekt. Sie nennt sich „Die Neue" und wurde schon lange von der Extra-Dienst-Mannschaft vorbereitet. Inzwischen ist der Partner „3.-Welt-Magazin" hinzugekommen. Die Initiatoren bezeichnen sich selbst als Profi-Gruppe, die noch um einige weitere bekannte Namen angereichert werden soll. Außer den Machern und ein paar eingeweihten Gönnern aus dem Spektrum der linken SPD/DKP konnte niemand Einfluß auf die Konzeption der Zeitung nehmen. So ist es für uns schwierig, auch nur an die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu denken, denn gerade diese Herangehensweise widerspricht unseren Vorstellungen vom offenen, prozesshaften Entstehen einer anderen Tageszeitung. Der eingegrenzte Gründerkreis der „Neuen" scheint uns einen Vorgeschmack auf deren späteres inhaltliches Spektrum zu geben.

Unsere Existenz ist damit natürlich nicht einfacher geworden. Sicher gibt es Überschneidungen bei Spendern und zukünftigen Lesern. Gehen wir allerdings von der Erfahrung des Nebeneinanderlebens von ID (Informationsdienst für unterbliebene Nachrichten) und ED (Extra-Dienst) und der Tatsache aus, daß es 120.000 Leser von Alternativ-Zeitungen in der BRD gibt, die Interesse an einer anderen Tageszeitung haben, dürften wir um die zukünftige Existenz zweier differenzierender linker Tageszeitungen keine Bange haben.

Wie aus erster Quelle zu erfahren war, werden also im September gleich zwei Nullnummern zur Freude und Kritik der geneigten Leser vorliegen; wobei die Vermutung naheliegt, daß die Diskussionsforen sich ebenso wie die Macher und die Macherinnen um einiges unterscheiden werden.

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
Hamburger Allee 45
6000 FRANKFURT/M
Tel: 0611/778941

und in Hamburg

jeden Dienstag um 20.00
Carsten-Rehder-Str. 45
(Spendenkonto:
Postschekamt HH
354083 – 203; Sonderkonto)

Die Autoverschrecker

Ein Brief aus Berlin

Mit Freude haben wir – die Grünen Radler Berlins – euren Artikel über die geplante Fahrraddemo gelesen, denn nicht nur in Berlin gehören die Fahrradfahrer zu den vielseitig benachteiligten Verkehrsteilnehmern. Pedalpower also auch in Hamburg!!

Erstmal ein paar Informationen zu unserer Initiative: Die Grünen Radler arbeiten in mehreren Berliner Intiativen. Schwerpunkte sind: Umweltschutz, Verkehrsplanung, Haushaltsplanung.

– Umweltschutz, weil das Fahrrad das einzige Verkehrsmittel ist, das nicht zur Zerstörung unserer Stadt und Umwelt beiträgt.

Verkehrsplanung, weil ignorante Bürokraten unsere Städte zu Autopisten und -abstellplätzen machen. Fahrradwege werden kaum geplant oder instandgehalten.

– Haushaltsplanung, weil der Bau von Radwegen pro qm wenigsten sechsmal billiger ist als der von Autostraßen. Bedenkt auch, wieviel billiger die Anschaffung eines Rades gegenüber der eines Autos ist, welche Energie- und Rohstoffmengen für die Herstellung eines Autos gegenüber der eines Fahrrades verbraucht werden.

Wie in Berlin, so sind auch in Hamburg im letzten Jahrzehnt viele Radwege Straßenverbreiterungen zum Opfer gefallen. Mit dem Bau neuer Radwege tun sich die Verantwortlichen schwer. Nicht selten werden Radwege als Parkplätze für Autos mißbraucht. Häufig sogar mit Genehmigung der Behörde, die anstelle der Radfahrwegschilder Parkplatzzeichen anbringt, in Hamburg zB. gesehen am Leinpfad. Bauschutt, Reklameschilder, Bauwagen, Polizeifahrzeuge auf Radwegen – auf den wenigen und obendrein meist zu schmalen – gehören leider zum gewohnten Bild.

Am 4. Juni 1978 nahmen in Berlin an einer Fahrrad-Sternfahrt zur Eröffnung des Alternativen Umweltfestivals 8.000 Radlerinnen und Radler teil. Das war eine eindrucksvolle Demonstration. Künftig wollen die Grünen Radler solche grossen, aber auch kleine Fahrten öfter organisieren: Freizeitgestaltung und politische Demonstration in einem. Wir sind daran interessiert, daß sich auch in Hamburg solche Initiativen bilden, mit denen wir zusammenarbeiten wollen.

Noch etwas: Am 15. Juli haben wir auf dem Stadtteilfest der Mieterinitiative Haynstraße einen Infostand gemacht. Dort haben wir sogenannten Auto-Verschrecker verkauft. In Berlin haben inzwischen fast über 5.000 Radler)innen) solch eine Kelle. Sie wird am Gepäckträger befestigt. Autofahrer werden zu einem weiteren Abstand gezwungen, die Unfallgefahr wird dadurch verringert. Preis 5,-DM (incl. Porto). Enthalten ist eine Solidaritätsspende für unsere Gruppe.

Kontakt: Brigitte Potyka
Westfälische Str. 82
1000 BERLIN 31
Tel: 030/8614381

Roots bringen Dir das natürliche Gehen zurück

ROOTS

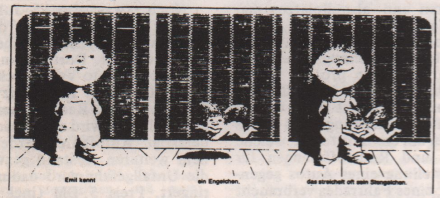
Um die Idee der Roots zu begreifen, müssen Sie sich den Schuh einmal von der Seite ansehen. Sie werden hinten ein sanftes Abflachen bemerken. Da Ihre Ferse der niedrigste Teil des Fußes ist, sitzt sie in Roots auch im niedrigsten Teil des Schuhs. Sie stehen dadurch wieder richtig aufrecht, da alle Muskeln in Wade, Oberschenkel und Rücken neu belebt werden und damit Ihr Stehen und Gehen mehr unterstützen.

Roots
Rothenbaumchaussee 16
2 HH 13 · Telefon 410 14 38

Linke Organisationen und *Sexualität*

Ausgehend von meinen eigenen Erfahrungen mit linken Organisationen arbeite ich an einer Untersuchung über die emotionale Situation in diesen Gruppen. Zum einen ist es mir immer darum gegangen, irgendwo kontinuierlich mitzuarbeiten, zum anderen ist es mir dabei immer wichtig gewesen, mich einigermaßen wohlzufühlen in der Gruppe. Sicherlich gibt es viele Genossen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben wie ich.

In welchen Organisationen bilden politische Arbeit und persönliche Emanzipation eine Einheit? Wird das überhaupt angestrebt und wo? Kann man mit den Genossen mal was anderes machen als stundenlang diskutieren? Was gibt es Verbindendes außer der gemeinsamen Vorliebe für Marx, Mao oder Lenin? Habt ihr schon mal einen DKP-Funktionär ausflippen oder Rock 'n' Roll tanzen sehen? Was passiert, wenn



du eine Genossin fragst, ob sie mit dir schlafen will? Wenn ich dabei von Ficken rede, bin ich dann ein Frauenfeind, der nur das eine will? usw. usw. usw. Ich habe einen Fragebogen zusammengestellt und angefangen, alle linken Organisationen hier in Hamburg zu kontaktieren, um eine Auseinandersertzung in Gang zu bringen. Bisher ist folgendes dabei herausgekommen:

Die KPD/ML lehnt sowohl ein Tonbandinterview als auch die schriftliche Beantwortung meiner Fragen ab. Ich hatte zwei Gespräche mit einer Bürgerschaftskandidatin im Buchladen „Roter Morgen", Zuerst hab' ich die Abfuhr persönlich genommen, war wütend, aber dann ist mir doch klargeworden, daß diese Absage nicht gegen mich gerichtet war, sondern aus der Unfähigkeit resultiert, zu einem Thema Stellung zu nehmen, zu dem noch keine offiziellen Statements von der Parteiführung vorliegen. Da hat eine große Rolle die Angst gespielt, was „falsches" zu sagen, aus der Reihe zu tanzen. Wer sich schon mal mit der KPD/ML auseinandergesetzt hat, der weiß, wie die Partei und ihre einzelnen Mitglieder bei jeder Gelegenheit alles daransetzen, einen Eindruck von Geschlossenheit zu hinterlassen.

Die GIM war sehr aufgeschlossen. Ein Genosse setzte sich gleich hin und beantwortete alle Fragen schriftlich. Außerdem hatte niemand was dagegen – obwohl mich keiner dort kennt – daß ich im Buchladen ein paar Fragebögen zurücklasse, so daß ich eventuell demnächst auch die Meinung anderer Genossen zu lesen kriege. Je zahlreicher die Stellungnahmen, desto besser.

Die KPD sagt auch nicht nein. Nach einem längeren Gespräch ist mir klargeworden, daß die ziemliche Angst haben, in die Pfanne gehauen zu werden, die sind sehr vorsichtig und ich habe mich bereiterklärt, Stellungnahmen zum Thema Sexualität nur nach vorheriger Absprache mit ihnen zu veröffentlichen. Für Anfang September haben wir einen Termin vereinbart.

Vom KBW wurde ein Gespräch abgelehnt mit der Begründung, das Thema Sexualität sei nicht so wichtig und außerdem hätte man keine Zeit dazu (Gespräch im Büro in der Chemnitzstraße). Diese Absage kam jedoch nicht, wie bei der KPD/ML, durch einen gemeinsamen Beschluß mehrer Genossen zustande, sondern ergab sich aus der Arbeitssituation in der Zentrale. Na ja, vielleicht ergibt sich da noch was.

Nach zahlreichen Telefongesprächen mit dem KB habe ich endlich einen Termin mit einem Mitglied aus der AG „Sexualität" zustande gekriegt und ein Tonbandinterview gemacht. Ich bin noch nicht dazu gekommen, das auszuwerten, bin mir auch noch nicht ganz darüber im klaren, nach welchen Maßstäben so eine Auswertung erfolgen soll. Fest steht nur, daß ich theoretische Aussagen und Lebenspraxis gegenüberstellen werde, soweit das möglich ist. Denn soviel ist mir jetzt schon klar: die „fortschrittlichsten" Standpunkte, auch gerade zum Thema Sexualität, sind nichts als leeres Geschwafel, wenn nicht eine der Theorie entsprechende Lebensweise dahintersteckt. (dies als Anmerkung zu meiner Untersuchung insgesamt)

Mit dem SB habe ich ebenfalls ein Gespräch vereinbart.

Bei DKP, SDAJ, und BUNTE LISTE bin ich über unverbindliches Telefonieren noch nicht hinausgekommen.

Meine Fragen zielen vor allem darauf ab, ob Sexualität und damit zusammenhängende Probleme (Ehe, ja oder nein, Homosexualität, Prostitution usw.) als politisch begriffen werden, oder ob die Meinung vorherrscht, das sei Privatsache und habe mit Politik nichts zu tun. Dann möchte ich auch herausarbeiten, inwieweit sich in linken Organisationen von den bürgerlichen Normen abhebende Moralvorstellungen durchgesetzt haben und inwieweit dies zu einer Änderung der Lebensweise geführt hat. Wieweit gibt es in den genannten Organisationen überhaupt eine Auseinandersetzung über alternative Lebensweisen? Inwieweit das, was die Vertreter der jeweiligen Organisationen sagen, repräsentativ für die ganze Gruppe ist, ist auch noch zu untersuchen.

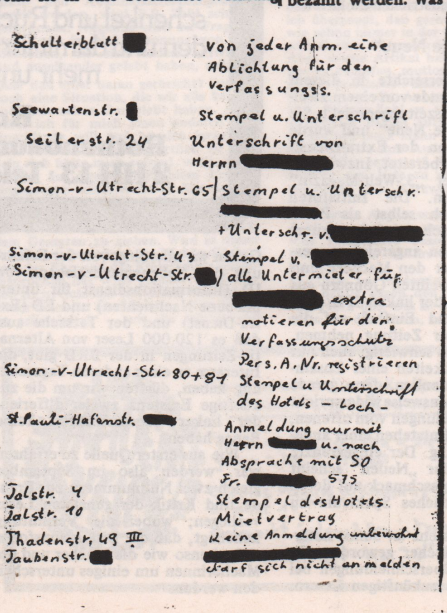
Ich fordere die Leser der „Grossen Freiheit" zur massenhaften Mitarbeit auf. Ich suche erstens Literatur zum Thema LINKE ORGANISATIONEN UND SEXUALITÄT, und hier besonders offizielle Statements in theoretischen Organen, Parteiprogrammen usw. Zweitens interessieren mich im Rahmen meiner Untersuchung persönliche Erfahrungen, die ihr in den oben genannten Gruppen (und noch anderen) gemacht habt. Wer mich unterstützen will, rufe mich bitte an (3194654). Raymond.

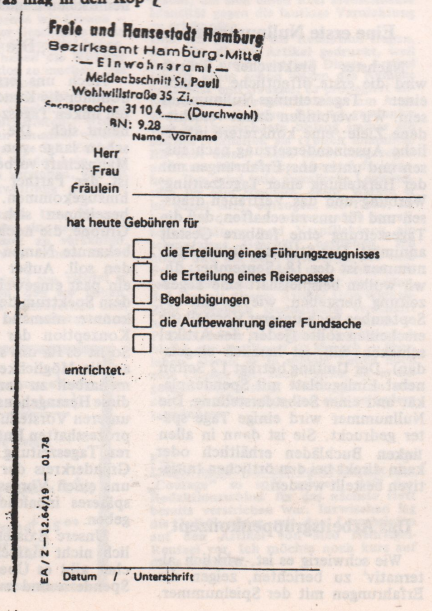
Verf.-schutz im Ordnungsamt

Bespitzeln gehört zum Behörden-Alltag

Es hatte sich in St. Pauli herumgesprochen, daß auf dem Einwohnermeldeamt in der Wohlwillstraße mehr oder weniger öffentlich Merkzettel für die dort arbeitenden Beamten hingen, welche Personen aus ihrem Bezirk sie an den Verfassungsschutz zu melden hätten. Da uns das natürlich interessierte, beschlossen wir, uns mal so einen Zettel zu besorgen und gingen eines Montags morgens ins Einwohnermeldeamt mit dem Plan, den Zettel an Ort und Stelle zu fotografieren und dann mitzunehmen. Als wir das Gebäude in der Wohlwillstraße betraten, stand allerdings der ganze Flur voller Leute. Damit hatten wir überhaupt nicht gerechnet und wurden durch das lange Warten entsprechend nervös. Schließlich kamen wir auf den Gedanken, daß wir ja eigentlich was ganz anderes vorhatten als die Leute, die dort Schlange standen und gingen gleich ins betreffende Amtszimmer. Die Angestellte, die dort arbeitete, war gerade mit zwei anderen Leuten beschäftigt und ziemlich verwirrt, als sich ihre Dienststube so plötzlich füllte. Einige von uns machten sich gleich auf die Suche nach dem Zettel, die anderen hielten die Beamtin im Schnack auf. Nach einigem Hin und Her fanden wir den Zettel, fotografierten ihn und fragten sie, ob ihre Behörde mit dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten würde. Noch ehe sie antworten konnte, waren wir mit dem Zettel unbehelligt wieder draußen, ohne daß sie überhaupt richtig begriffen hatte, was passiert war. Erst jetzt haben wir genau gesehen, was eigentlich auf dem Zettel stand. Neben einigen Anweisungen zur Behördenschikane gegen Ausländer und sonstigen Hinweisen, welche Formulare noch mit Stempel und Unterschrift zu versehen seien, standen dort einige Personen und Adressen, deren Untermieter mit Kopie des Anmeldeformulars und Personalausweisnummer an den Verfassungsschutz zu melden seien.

Auch ohne solche Anweisungen und Merkzettel ist es für den Verfassungsschutz überhaupt keine Schwierigkeit, sich Informationen über Einwohnermeldeämter zu beschaffen – auf völlig legalem Wege. Aber hier werden die Behördenangestellten selbst für den Verfassungsschutz tätig, akzeptieren zumindest solche Bespitzelungsaufträge. Betroffen macht das Nebeneinander, mit dem auf dem Notizzettel z.B vermerkt ist, daß jemand noch eine Unterschrift für einen bürokratischen Vorgang zu leisten hat und andere, **wenn sie in eine bestimmte Wohnung** einziehen wollen, namentlich für den Verfassungsschutz erfaßt werden. Die Gleichgültigkeit bürokratischer Routine, die aus diesem Notizzettel spricht, legt nahe, daß so was offensichtlich keine Ausnahme ist, kein spezieller, geheimgehaltener Auftrag des Verfassungsschutzes an einem extra dafür angeworbenen Mann, sondern daß Sachbearbeiter/-innen der Einwohnermeldeämter im allgemeinen aktiv für den Verfassungsschutz arbeiten. Unklar ist, ob derartige Bespitzelungsaufträge für Wohnungen per Dienstanweisung an alle Angestellten der Behörde ergehen oder ob besonders 'zuverlässige' Leute direkt zur Informationsweitergabe vom Verfassungsschutz eingesetzt und **bezahlt werden. Was mag in den Köpfen dieser Beamten und Angestellten vorgehen, wenn sie jemanden vor sich haben, dessen Personalien sie im nächsten Moment dem Verfassungsschutz bekanntgeben?** Da es eh nur Spekulationen sein können, erscheinen ihnen wohl die Terroristenbilder der herrschenden Medien in der Amtsstube. Das Denunzieren gehört zum Behördenalltag offensichtlich genauso wie das Einholen von Stempeln und Unterschriften. Wir glauben zwar nicht, daß wir durch die Wegnahme des Zettels die Bespitzelung verhindern können, aber wir meinen, daß wir durch solche und ähnliche kleine Aktionen den Aufbau eines Denunziationssystems stören können.





Aufruf zum Aufbau eines alternativen Dorfes!

Wir wollen mit Leuten, die über die Theorie zu Pragmatikern gereift sind, ein Großprojekt in Angriff nehmen, um den Raum zu schaffen, uns persönlich weiter zu entwickeln, um politisch und wirtschaftlich unabhängiger zu werden, um mit unseren Ansprüchen glaubhaft und schlagkräftiger zu werden und, und, und:...

Wir suchen Leute, die undogmatisch, offen, und in gegebenem Masse natürlich sind; Leute, die ihre Hände gebrauchen können und bereit sind, sich voll und ganz hinter dieses Unternehmen zu stellen, Leute, für die kollektives Eigentum und freie Selbstbestimmung nicht nur Schlagworte zur Profilierung am Biertisch sind; Leute, die den Willen haben, sich durchzusetzen und Schwierigkeiten anzugehen.

Denn der Schwierigkeiten, die auf uns warten, sind wir uns bewußt. Dennoch glauben wir einen gangbaren Weg gefunden zu haben. Aber Vorsicht: Dieser Weg ist mit viel, viel Arbeit verbunden.

Wir wollen versuchen, offen zu bleiben für alle „Verrücktheiten", Ideen, Überzeugungen, Eigenheiten eines jeden, denn nur eine Verbindung freier Individuen kann eine wirklich freie Gemeinschaft entstehen lassen.

Wir sind eine Landkommune im Raum Bremen mit zuwenig Land und, wenn auch im erträglichen Maße, Lohnabhängigkeit. Wir wollen und wir müssen den nächsten Schritt tun...macht mit!

Adresse:
D. Heck, 28 BREMEN,
Postfach 104952

Wir sind eine kleine Gruppe, die sich Gedanken dazu machen will, wie man/frau Unterdrückungsstrukturen innerhalb der Linken überwinden kann. Wir wollen dazu Fakten sammeln, diese analysieren (d.H. deren Ursachen herausfinden) und davon ausgehend Alternativen finden.

Unterdrückung findet unserer Meinung nach mehr oder weniger in allen linken Organisationen statt. Sie drückt sich z.B. aus in: Hierarchie, Karrieredenken;, Leistungsprinzip, Druch aller Art bis hin zu Gewalt, Unterdrückung von persönlichen Bedürfnissen, Arroganz gegenüber anderen Linken, die Fähigkeit zur Kritik wird direkt oder indirekt erscwert, jedenfalls nicht gefördert. Schlucken ist Trumpf, Eigeninitiative fast unmöglich usw. Wir sind der Meinung, daß wir nur dann eine wirklich bessere Gesellschaft schaffen können, wenn wir uns von der Nachahmung derartiger und anderer bürgerlicher Normen endgültig trennen. Für uns heißt die Frage, warum das bis jetzt noch nicht in einer linken Organisation geglückt ist und ob das u.U. eine Folge des Aufbaus bzw. der Struktur der Organisation (des sogenannten demokratischen Zentralismus) ist.

Natürlich können wir aus dem Stand keine Alternativen aufzeigen, sondern wollen mit Leuten sprechen, die das Ziel haben die bürgerlichen Verhaltensweisen aktiv zu bekämpfen und trotzdem linke Politik zu machen. Denn auch wir wollen das was als Alternative zum Kampf enden lassen.

Am Beispiel KB

Unsere Diskussion darüber haben wir am Beispiel des KB eröffnet, weil
– die meisten von uns den KB von innen oder von außen kennengelernt haben,
– er die stärkste Organisation in Hamburg ist,
– im KB-Altona ein Genosse – ehe er austrat – so verprügelt wurde, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Außerdem wurde dieser Genosse von seinem „Anleiter" als VS-Spitzel verleumdet.

Der KB, der in letzter Zeit an verstärkten Austritten seiner Mitglieder zu leiden hat, ging in der Nummer 132 seiner Zeitung „Arbeiterkampf" zum erstenmal auf das Problem der Unterdrückung und deren Folgen innerhalb der eigenen Organisation ein.

Damit hat der KB selbst, was sehr zu begrüßen ist, eine öffentliche Diskussion über dieses Thema begonnen. Wir halten diesen Artikel allerdings für gefährlich, da er unserer Meinung nach in die falsche Richtung geht.

Die AK (=Arbeiterkampf)-Redaktion bezeichnet die Austritte als „Aus- und Wegflippen", was zwar den allmählichen Rückzug aus der Organisation beschreibt, womit aber die Entscheidung dieser Leute verbal abqualifiziert wird. Der KB schiebt das „Aus– und Wegflippen" – also individuelle Probleme – vor, um von seiner eigenen Situation abzulenken. Zitat: (dies und alle folgenden Zitate aus „AK" 132) „politische Widersprüche werden dann vielleicht noch nachträglich dazukonstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden."

Austritte mit politischem Hintergrund gibt es also merkwürdigerweise fast nicht! Außerdem sind individuelle Schwierigkeiten d.h. Konflikte mit Freunden, im Beruf o.ä. – also Probleme des Einzelnen keinesfalls unpolitisch. Nach unserer Auffassung gehört zur politischen Arbeit a u c h der Kampf um mehr persönliche Freiheiten und mehr individuelle Entfaltung. Die AK-Redaktion schreibt daß sich dabei „ein Maxismum an individueller Entfaltung (mit) einem Minimum an politischer Arbeit (verbinden) " würde.

Wertvoll für wen?

Hier wird ein widerspruch zwischen individueller Entfaltung und politischer Arbeit aufgebaut, den es nach unserer Meinung nicht geben darf. Der AK gibt dazu folgenden beschämendes Beispiel: „Trotzdem muß einschränkend festgestellt werden, daß heute zwei Genossen/Genossinnen, die in einer Zweierbeziehung total aufeinander fixiert sind, aber revolutionäre politische Arbeit leisten, immer noch viel wertvoller für unseren Kampf sind als zwei „sexuell bfreite" Individuen, die allenfalls noch einmal im Vierteljahr zur Demo gehen und sonst nicht mehr politisch aktiv sind."

Wertvolles für wen? Wertvoller für den KB als politische Organisation oder wertvoller für die Sache um die es geht? Ist es nicht eher schädlich, wenn Genossen/Genossinnen des KB die bürgerliche Moral indirekt propagieren indem sie vielleicht andere mit denen sie zusammenkommen zur Nachahmung eines solchen Verhaltens verleiten?

Wie Will der KB etwas ändern ohne den einzelnen Menschen zu verändern? Wir müssen uns doch auch gegen die bürgerlichen Verhaltensweisen wenden, die jedem von uns anerzogen werden. Eine dieser typisch bürgerlichen Verhaltensweisen ist der Leistungsdruck, auf den sich u.a. das kapitalistische System stützt. Bedauerlicherweise unterstützt auch der KB das Leistungsprinzip: Etwa beim AK-Verkauf und Terminzwang, d.h. sich rechtfertigen zu müssen, wenn die Verkaufszahlen nicht erreicht werden oder sich rechtferigen zu müssen, wenn man/frau mal nicht kommt. Zum Leistungsprinzip schreibt die AK-Redaktion: „Zu meinen, daß es auch anders ging, womöglich nach dem „Bock-Prinzip" (Lust-Prinzip– ist reine Illusion".

Leistung und Lust

Die einzige Alternative zum Leistungsdruck besteht laut KB im Lust-Prinzip. Es muß doch möglich sein, daß jeder seinen Anteil an der politischen Arbeit selbst bestimmt. Das benötigte politische Bewußtsein läßt sich nicht durch Leistungsdruck erzwingen. Die Notwendigkeit dieses Leistungsprinzips untermauert die AK-Redaktion wie folgt: „Wir kämpfen mit relativ schwachen Mitteln gegen einen übermächtigen Feind, der über praktisch unbegrenzte Mittel verfügt."

Diese Argumentation ist zwar richtig, aber es ist schon merkwürdig wenn man/frau bedenkt, daß der Feind – dessen Leistungsprinzip der KB erkämpft – herangezogen wird, um das eigene Leistungsprinzip zu begründen. Wie sehr diese Verhaltensmuster – wenn auch wohl unbewußt – in der AK-Redaktion drin sind, das macht folgendes Zitat deutlich, welches den Unterschied zwischen individueller Freiheit und politischer Arbeit verdeutlichen soll: „Das Genosse Y, der im KB jahrelang seine Homosexualität vor den meisten Genossen und Genossinnen versteckt hielt, sich als ganz neuer Mensch fühlt, seit er nicht mehr im KB sondern „nur" in einer Schwulen-Gruppe arbeitet, ist auch kein Wunder." Das darf doch nicht wahr sein! Hier ist eine fortschrittliche Organisation, die für die Rechte der Homosexuellen kämpft und dann davon schreibt, wie sich ein Homosexueller jahrelang in der Organisation verstecken muß.

Da das auch die AK-Redaktion offenbar nicht gut findet schlägt sie vor: „Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, die von den „Spontis" in die Diskussion gebrachten Elemente kritisch aufzunehmen und alles, was daran für uns als organisierte Kommunisten nützlich und nutzbar ist, zu übernehmen."

Leider schreibt die AK-Redaktion nicht, was für Elemente das sind und was daran nützlich und nutzbar ist. Falls dieser Vorschlag ernst gemeint ist fordern wir den AK auf dies zu erläutern und eine Diskussion über diese Punkte öffentlich zu führen, da diese Problematik die gesamte Linke betreffen dürfte und nicht nur den KB.

Woran liegt es?

Der KB sieht die Ursache für seine derzeitige Schwächung (z.B. verstärkte Austritte, starker Rückgang des AK-Verkaufs und der Auflage, Auflösung der KB-Gruppe Osnabrück usw. in der „Unvereinbarkeit zwischen den Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen Bedürfnissen andererseits. Individuelle Bedürfnisse komme zu kurz, Schwierigkeiten in persönlichen Beziehungen verschärfen sich durch den auf beiden Beteiligten lastenden Arbeitsdruck, Kinder kommen nicht auf ihre Kosten" usw.

Dies wird als Ursache des „Wegflippens", wie das Austreten und Zurückziehen der Leute vom KB bezeichnet wird, benannt. Wir sehen darin eher die Folgen des Arbeitsstils der im KB vorherrscht.

Die wahren Ursachen liegen unserer Meinung nach im KB selbst, in der Struktur und dem Aufbau dieser Organisation und vor allem wie damit in der Praxis gearbeitet wird.

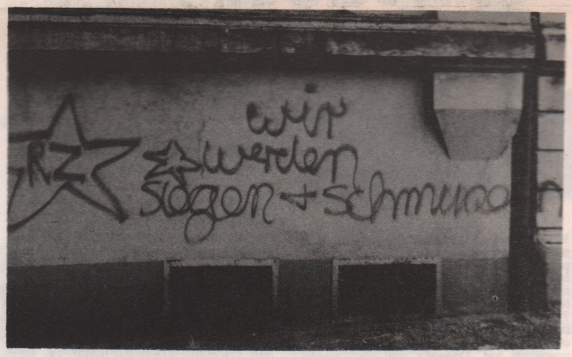
Der Fehler lag unserer Meinung nach schon der Selbsternennung einiger Genossen zum „Leitenden Gremium" (LG). Damit haben sie sich an die Spitze einer Hierarchie gestellt und somit die Voraussetzungen für Karriere- und Leistungsdenken geschaffen. Da auch die politischen Inhalte fast ausschließlich vom LG ausgehen und von ihm bestimmt werden wird den einzelnen Genossen nur schwer klar, was sie vertreten sollen. Man/frau hat das Gefühl in seinem politischen Bewußtsein nicht weiter zu kommen.

Zusätzlich geht von vielen Zellen„anleitern" ein Leistungsdruck aus u.a. um sich vor dem LG zu profilieren. (Z.B. wird den Genossen vorgeschrieben bis zu 5 Arbeitstermine in der Woche zu bewältigen.) Durch die ihnen aufgedrückte Arbeit müssen viele Genossen ihre persönlichen Bedürfnisse zurückstellen. Somit kommen diese Bedürfnisse zu kurz und oft entstehen dadurch vermehrt individuelle Schwierigkeiten, zu deren Lösung in der Zelle keine Zeit bleibt.

Wenn dann ein/eine betreffende (r) Genosse/Genossin versucht sich diesem Arbeitsdruck zu entziehen, indem er/sie weniger arbeitet und versucht sich mehr mit sich selbst zu beschäftigen, reagiert der „Anleiter" und oft auch die anderen Genossen darauf mit Unverständnis und bestrafen ihn/sie auch noch mit einem fühlbaren Freundschaftsentzug.

Diese Schwierigkeiten führen dazu, daß viele sich aus der politischen Arbeit zurückziehen, (manche für immer, manche für eine gewisse Zeit) und somit für den Kampf gegen dieses System verloren sind, wenn die (politischen!) Ursachen dafür nicht beseitigt sind.

Kleine Gruppe



gert & christine's
tel. 43 49 51
WEINHANDLUNG
2 hamburg 6
schanzenstraße 14
mo 14⁰⁰– 18³⁰, di – fr 10⁰⁰– 18³⁰, sa 9⁰⁰– 14⁰⁰.
wein aus frankreich, aus deutschland, in flaschen und vom faß, umweltschutzpapier und die große freiheit

TASCHENBUCHHANDLUNG
G.W. Elmenhorst
SCHLÜTERSTR 4 · 2 HAMBURG 13 · 44 83 25

OFFENER BRIEF

In der Juni-Nummer der Berliner Frauenzeitung „Courage" erschien ein Artikel über den inhaftierten Schriftsteller P.P. Zahl, der heftige Diskussionen ausgelöst hat. Dabei ging es nicht nur um das Verhalten von P.P. Zahl und den Courage-Artikel, sondern, wie in dem hier abgedruckten offenen Brief von Angelika Ebbinghaus, auch um die Verkehrs- bzw. Diskussionsformen der Frauenbewegung. Inzwischen ist ist übrigens in der Nummer 8 der „Courage" (August 1978) eine Gegendarstellung von P.P. Zahl veröffentlicht worden. In der gleichen Nummer ist außerdem eine Stellungnahme mit ähnlichem Tenor wie Angelikas Artikel abgedruckt, unterschrieben von verschiedenen Frauen und Frauengruppen aus Hamburg.

Angelika Ebbinghaus: Offener Brief zum Courage-Artikel „ALLTAGSLYRIK von P.P. Zahl", Hamburg, Juni 1978.

In der Juni-Nummer von „Courage" hat Meo Hellriegel-Rentzel einen Artikel zu P.P. Zahl veröffentlicht. Ich habe ihn gelesen und bin das Gefühl nicht mehr los geworden, dazu nicht schweigen zu können. Hier wurde versucht, einer politischen Perspektive, die sich brüstet, unpolitisch zu sein, mit dem Lebensschicksal einer Frau moralisches Gewicht und Gehör zu verleihen. Ich halte diesen Artikel für zutiefst demagogisch, und ich will mich bemühen, zu zeigen warum.

Der Autorin ging es nicht darum, die Probleme und Konflikte, die ich nach dem Lesen dieser Seiten im gemeinsamen Leben von Urte Zahl-Wienen und P.P. Zahl nur zu erahnen vermag, aufzuhellen. Nein, ihr ging es um Vernichtung, um die moralische Vernichtung von P.P. Zahl.

Auch fühle ich mich von den allgemeinen Schlußfolgerungen, die dieser Artikel suggeriert, persönlich betroffen. Im Gegensatz zur Autorin habe ich. eine Frau, die Erfahrung durchlitten, daß mein Freund als Terrorist vor Gericht stand. Nach über zweijähriger, unmenschlicher Untersuchungshaft, selbst schwer krank, mußte er sich zusammen mit dem zweiten Überlebenden einer Schießerei (Köln im Mai 1975) gegen eine Mordanklage verteidigen. Dank der Verteidiger und einer aufmerksamen Öffentlichkeit konnte sich in diesem Prozeß wenigstens ein Teil der Wahrheit über das Tatgeschehen Geltung verschaffen und die beiden Angeklagten wurden freigesprochen.

Es gibt noch einen letzten Grund, weshalb ich mich entschloß, diesen offenen

Brief zu schreiben. Fast ein Jahr bin ich jetzt in der Hamburger Frauenhausgruppe, in die ich – nach der von Männern bestimmten Knastzeit – voller Enthusiasmus und Hoffnungen ging. Leider erlebe ich in der Frauenbewegung eine Tendenz sich breit machen, die für mich in dem Courage-Artikel gegen P.P. Zahl einen besonders perfiden Ausdruck angenommen hat. Dagegen will und werde ich mich zur Wehr setzen, deshalb auch dieser offene Brief.

Was macht für mich die Demagogie dieses Artikels aus? Er geht von einem richtigen Kern aus, einem Dilemma. Ein Mann geht in den Untergrund und läßt Frau und Kinder zurück. Die Frau hat keine Wahl mehr, sie muß für die Kinder sorgen. Das ist der richtige Kern und ich weiß nicht, wie er aufzulösen ist.

Statt daß der Artikel diese Problematik diskutiert, malt er schwarz-weiß: alle Mütter erscheinen in hehrem Licht und die anderen, die sind die Schweine. Ich will hier nicht ausführen, wie ich selbst das Entstehen eines politischen Untergrunds in der BRD und Westberlin seit Anfang der 70er Jahre einschätze und beurteile. Aber für mich heißt es unwahr sein, wenn Meo- Hellriegel-Rentzel erst gar nicht versucht, auch vor diesem Hintergrund die Auseinandersetzungen zwischen Urte Wienen-Zahl und P.P. Zahl zu thematisieren. Ihre Bewertungen gewinnen so den Charakter von zeitloser Moral und sie will zugleich Maßstäbe für die Zukunft setzen. Da sie aber die zentralen Inhalte ihrer eigenen moralisch-politischen Auffassung nicht offen zur Diskussion stellt, möchte ich sie klarer benennen. Wie entscheiden sich Männer und Frauen und wie verhalten sie sich gegenüber ihren Kindern, Eltern und denen, die sie lieben, wenn sie persönlich davon überzeugt sind, daß nur noch illegaler Widerstand unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen möglich ist? Ich kann mir historische Situationen vorstellen, wo sich dieses Problem für viele stellt. Sicher wird dies immer eine Frage der politischen Überzeugung und Einschätzung sein. Und überall auf der Welt und in der Geschichte des Widerstands gibt und gab es Situationen, daß Männer und Frauen sich für den Weg des illegalen Widerstands entschlossen haben, obwohl sie Kinder hatten. Ist dieses Verhalten so einfach, wie es in dem Courage-Artikel unausgesprochen geschieht, immer mit einer Entscheidung gegen die Frauen und Kinder gleichzusetzen? Würden wir heute vielleicht nicht besser leben können, wenn unsere Väter und Mütter während des Nationalsozialismus eine Entscheidung gegen uns, ihre Kinder, getroffen hätten? Diese Fragen kamen mir, als ich die Tendenz dieser Veröffentlichung, das was sich zwischen den Zeilen vermittelt, begriff. Und bezogen auf den Westdeutschen Untergrund liegt doch für uns Frauen nahe auch zu fragen, warum trennten sich Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin von ihren Kindern? Sie waren Mütter – von den anderen Frauen weiß ich dies nicht – und haben ich dennoch für einen anderen Weg entschieden. Was mich empört ist die Tatsache, daß zwar ein echtes Problem angedeutet wird, jedoch nicht, um Lösungsversuche aufzuzeigen, sondern mit ganz anderem Ziel. Wenn die Autorin nicht nur die moralische Vernichtung von P.P. Zahl gewollt, wenn sie die Absicht gehabt hätte, sein persönliches Verhalten zu verstehen und zu kritisieren, dann hätte sie seine Entscheidungen und Handlungsweisen nicht von der historischen und der Situation der Linken zu Anfang der 70er Jahre getrennt. Dann wäre auch sie auf Probleme wie dieses gekommen: wie löse ich den Konflikt auf, daß mein Widerstand auch meistens die zu Mitbetroffenen macht, die ich liebe. Denn wenn ich im Knast bin oder von anderen Maßnahmen staatlicher Repression getroffen werde, leide nicht nur ich, sondern gerade die Menschen, die ich liebe, leiden mit und müssen Opfer bringen. Aber um die Aufhellung dieser Problematik geht es der Autorin nicht, sondern sie benutzt diese, um unsere alltägliche Ohnmacht und unser ständiges Zurückgeworfenwerden auf einen eingeschränkten persönlichen Erfahrungsbereich festzuschreiben. Alle anderen Dimensionen gesellschaftlichen Seins werden zur männlichen Sphäre deklariert. Der Wunsch nach Veränderung dieser Welt ist bereits suspekt. All die richtigen Ansätze der Frauenbewegung, gerade auch als Reaktion auf linke, männliche Politik, beginnen hier wieder zu erstarren und verkehren sich in ihr Gegenteil.

Das schweinisch-männliche Verhalten von P.P. Zahl erscheint bruchlos in der Form einer Aufzählung: er verließ seine schwangere Frau und sein Kind und zog in eine Wohngemeinschaft; er hatte eine Freundin; Urte kam in eine Nervenklinik; P.P. Zahl lebte illegal; Urte kam wieder in eine Nervenklinik; Scheidung; P.P. Zahl verpflichtete sich, seine Honoraransprüche an die Kinder abzutreten; Urte ging mit ihren Kindern zu ihren Eltern; Urte fand wieder Arbeit und ihre Eltern versorgten und kümmerten sich um die Kinder; Urte stellte Unterhaltsansprüche an Zahl; er verweigerte die Offenlegung seiner Einnahmen aus seinen Veröffentlichungen; er überwies je hundert DM an die Kinder. Soweit die Chronologie in diesem Artikel. Was auffällt, daß in dieser Aufzählung noch nicht einmal die Verhaftung von P.P. Zahl und seine heutige Lebenssituation, 15 Jahre Knast in totaler Isolation, Erwähnung findet.

Als ich diese Zeilen las, hatte ich größtes Mitgefühl für Urte. Ich weiß, was es heißt in der Psychiatrie zu landen. Zu zerbrechen, durchzudrehen und dann psychiatrisiert zu werden, das ist wahrhaft ein typisches Frauenschicksal. Ja, Urte, vielleicht magst Du mich kennenlernen, wenn Du meinen Brief gelesen hast. Denn ich werde den Eindruck nicht los, daß Urte zum Objekt gemacht, benutzt worden ist. Und das finde ich schändlich.

Diese nur scheinbar sachliche Aufzählung soll ein eindeutiges Bild vermitteln. Für das ganze Geschehen, ohne daß Konflikte und Auseinandersetzungen genannt werden, wird P.P. Zahl schuldig gesprochen. Nirgends wird die Frage gestellt, wie ist eine Trennung von zwei Menschen, die sich anders entwickelt und auseinander gelebt haben, möglich, ohne daß einer daran zerbricht? Dies ist doch eine Situation, die wir alle kennen und viele schon durchlebt haben. Auch wenn ich für mich einen anderen Weg einschlagen will, möchte ich lernen, in einer Trennung verantwortlich zu handeln. Ich hätte mich gefreut, wenn dieser Artikel auf irgendein Problem konkret eingegangen wäre, wenn er Alternativen zu dem üblichen Verhalten zumindest angedeutet hätte. So bleibt es der Leserin überlassen, Schlußfolgerungen aus dem Gesagten zu ziehen. Wird in dieser Argumentation nicht der Nichtauflösbarkeit der Ehe und der Kleinfamilie unausgesprochen das Wort geredet? Und werden nicht Schlüsse wie dieser vermittelt: dieser Mann ist ein Schwein, seine Politik ist schweinisch – wir die Mütter und Frauen werden uns so nie verhalten. Politik ist ein schmutziges Geschäft, damit wollen wir, die „Realistinnen", nichts zu tun haben?

Einen breiten Raum nimmt in dem Artikel die Frage ein, warum P.P. Zahl, obwohl er doch viel Geld aus seinen Bucheinnahmen bezieht, seine Kinder nicht unterstützt. Dazu möchte ich nur anführen, daß die Honorare im linken Buchhandel nicht gerade üppig sind. Auch weiß ich zu gut, daß ein minimales Überleben im Knast immer viel kostet und die Anwaltskosten so gut wie gar nicht in angemessener Höhe aufzubringen sind. Hat Zahl also wirklich Geld übrig? Wenn ja, fände ich es beschissen, wenn er nichts für seine Kinder gibt.

Zu welchen Schlußfolgerungen kommt der Artikel? Da ist Urte Wienen-Zahl, der das Schicksal einer Frau widerfährt. Sie wurde Opfer. Auf der anderen Seite sind die Männer, die, weil sie sich frei machen können. „Ob sie linke oder rechte sind, sie bedienen sich der gleichen Methoden", heißt es bei Meo- Hellriegel-Rentzel. Sind das Verhalten eines Karrieristen und das eines Mannes, der sich für den illegalen Widerstand entschied und damit jahrelange Gefangenschaft in Kauf nahm, wirklich so einfach gleichzusetzen?

Wie aber kann die Autorin die Tatsache unberücksichtigt lassen, daß im konkreten Fall von P.P. Zahl die Entscheidung so gar nicht getroffen wurde. Denn P.P. Zahl hat in verschiedenen Erklärungen dargelegt, wie er durch die zunehmende Verfolgung in die Illegalität getrieben wurde. Ich habe nichts gegen Parteilichkeit, aber ein bißchen mehr Sorgfalt bei der Recherche hätte die Verfasserin vielleicht nicht gleich auf beiden Augen blind gemacht.

P.P. Zahl wird die alleinige moralische Schuld dafür zugeschrieben, daß seine Frau krank und kaputt gegangen ist. Dies ist ein harter Vorwurf und ich überlege mir, auf welchem Richterstuhl die Autorin Platz genommen hat, daß sie so bedingungslos verurteilen kann. Doch ihr geht es um mehr. Mit der Aussage – „man vernichtet Menschen nicht nur mit Bomben und Knarren, es geht auch so" – setzt sie das politische Engagement von P.P. Zahl und das von ihr geschilderte Verhalten seiner Frau gegenüber gleich. Somit wird legitimiert, daß P.P. Zahl im Knast sitzt und eine lautlose Vernichtung stirbt.

Ich nehme es erstmal als wahr hin, daß P.P. Zahl mit einer anderen Frau morgens nach Hause kam und seine schwangere Frau aufforderte, einen Kaffee zu kochen. Da ist nichts zu entschuldigen. Das finde ich brutal. Aber gerade weil ich eine Frau bin, verdränge ich die zweite Frage nicht: wie konnte die andere Frau dieses abgeschmackte Spiel mitbetreiben? Ich habe selbst schon erfahren, daß Frauen, die sich gern als Feministin geben – wenn es um ihre Interessen und Bedürfnisse geht – die Frau oder Freundin schlicht vergessen. Sagen wir Frauen doch auch, daß die Männer sich so nur verhalten können, solange wir mitmachen. Davon steht nichts in diesem Artikel. Wie können wir stark und autonom werden und wie uns wehren gegen ein Verhalten, das uns kaputt macht? Wie können wir lernen, uns in allen unseren Beziehungen gegenseitig mehr Freiheiten zu geben, ohne daß wir uns zerstören? Ich habe diese Wünsche noch nicht aufgegeben und suche nach Wegen, damit vorsichtig und dem anderen Menschen gegenüber verantwortungsvoll umzugehen. Denn aus meiner eigenen Geschichte und meiner beruflichen Tätigkeit habe ich gelernt, daß Frauen nur über das Entwickeln eigener Stärke sich davor schützen können, nicht verrückt gemacht zu werden.

Der Artikel behauptet, daß wir Frauen, solange wir mit Männern leben wollen, keine Alternative haben: entweder wir passen uns den männlichen Normen an und gehen kaputt oder wir wählen andere Zerstörungsmittel wie Tabletten oder Alkohol. In allen Aussagen ist die Quintessenz dieses Artikels: Du kannst nichts ändern. Er will demoralisieren in einer Situation der gesellschaftlichen Restauration. Er bestätigt, was uns Frauen schon immer eingeimpft wurde: Auflehnen lohnt nicht. Im Gegensatz dazu bin ich überzeugt, daß gerade wir Frauen – wie schon immer in der Geschichte – ein sehr starkes Widerstandspotential haben. Aber solche Artikel haben die Wirkung uns zu dämpfen, mutlos zu machen. Das ist ihre politische Funktion.

Warum sagt die Autorin nicht, warum Urte Wienen-Zahl es abgelehnt hat, im Prozeß als Zeugin aufzutreten– Wollte sie einfach ihren Mann nie mehr wiedersehen? Hätte ihre Aussage P.P. Zahl belastet oder entlastet? Wieder kein Wort darüber, um Urte zu verstehen, wie sie weiter in die Verzweiflung getrieben wurde.

In meinen Augen wurde Urte Wienen-Zahl dazu benutzt, um eine sehr politische Perspektive besser zu verkaufen. Was sind die konkreten Inhalte dieser Persnektive?

1. „Üben wir Widerstand aus, richtet er sich häufig gegen den, den wir lieben, und gegen uns. Das ist zerstörerisch und, wenn wir das wissen, auch selbstzerstörerisch."
2. „Wir sind ohnmächtig. Wir haben keine alternativen Strategien angesichts der Streu-, Atom-, Wasserstoff-, Neutronenbombe, angesichts der Realität, die uns alle treffen wird."
3. „In einer Welt, in der männliche Gangster Politik machen, werden Frauen notgedrungen apolitisch... Wir sind die gesammelte Ichlosigkeit im Gegensatz zu der Männerbundstruktur um uns herum und nicht mächtig, z.B. einen einzigen Krieg in einem einzigen Land zu verhindern – geschweige den über uns.

Es wird unsere Politik nicht mehr geben, höchstens eine Politik der Erkenntnis, es lohnt sich nicht mehr. Unsere Zeit ist um."

Die politische Aussage dieses Artikels ruft dazu auf, sich auf das tägliche Leben zu beschränken, für „Brot, Butter und Wohnung" zu sorgen. Sich nicht auflehnen, sich nicht für die Welt interessieren, die Verhältnisse nicht verändern wollen. Frauen, beschränkt Euch auf den kleinen Alltag und Eure Kinder. Diejenigen, die mehr wollen, sind, wie es am Beispiel P.P. Zahl drastisch vor Augen geführt

wurde, Schweine. Sie können nur Menschen vernichten.

Ich finde diesen Artikel deshalb so schlimm, weil kein einziges der dort angeschnittenen Probleme auch nur ansatzweise in allen seinen Schwierigkeiten und vielleicht auch Unauflösbarkeiten diskutiert wird, sondern es wird nur verurteilt und abgeurteilt. Eine moralische Haltung wird nur sich selbst zugesprochen.

Aber ich hoffe, daß viele Frauen empört sein werden, sich als gesammelte Ichlosigkeit bezeichnen zu lassen. Dies ist weder heute so, noch trifft es auf die Geschichte der Frauen insgesamt zu. Auch wenn wir Frauen ständig auf diesen ichlosen Zustand herabgedrückt werden sollen, haben wir uns nicht immer auch dagegen gewehrt und wurden gerade dann zu Subjekten, zu handelnden Frauen? Was mich besonders ägerlich macht, daß in der „Courage" uns ein Geschichtsbild der Frauen vermittelt wird, das von Männern geschrieben sein könnte. Zahlreich sind die Beispiele in der Geschichte des Widerstands, die gerade heute von Frauen für uns wieder entdeckt werden, wo Frauen sich gegen Krieg und Hunger wehrten. Unsere Zeit ist nicht um, sie beginnt.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen und Fragen dazu, warum ausgerechnet P.P. Zahl für einen Artikel herhalten muß, der

– mit dem Chauvinismus linker Männer abrechnet
– prinzipiell jeden illegalen Widerstand als männlich-schweinisch denunziert
– und die Frauen zur Erkenntnis auffordert: Widerstand lohnt nicht!

Die Autorin scheint von ihrer eigenen mütterlichen Moral und Menschlichkeit, die die Lebensbedingungen von P.P. Zahl, mehrere Jahre nach der Trennung von seiner Frau und seinen Kindern, noch nicht einmal für erwähnenswert hält? Eine Leserin, die die Situation von P.P. Zahl nicht kennt, erfährt erst gar nicht, daß er bereits Jahre unter den schlimmsten Bedingungen im Knast sitzt. Daß er zur Zeit einen Hungerstreik macht, um sich einen Rest menschlicher Identität gegen die lautlose Vernichtung zu erkämpfen.

Und ich möchte die Redaktion fragen, habt ihr diesen Artikel gedruckt, weil P.P. Zahl prominent ist? Dieser Artikel schafft allein schon wegen des Namens Schaulust und Neugier. Er propagiert alttestamentarische Politik: Auge um Auge und Zahn um Zahn. Dies ist gnadenlos und ich bezeichnete bislang immer ein solches Verhalten als typisch männlich. Ihr habt diesen Mann nackt ausgezogen und zum öffentlichen Abschuß freigegeben. Ihm wird jede moralische Legitimation für sein Handeln, dafür, warum er im Knast sitzt, entzogen. Ich finde, ihr habt mit der Geste einer großen moralischen Haltung und Verpflichtung ein schmutziges Geschäft betrieben. Ich hoffe und bin auch überzeugt, daß viele Frauen so empfinden und denken wie ich. Auch kann ich mir nicht vorstellen, daß ihr mit diesem Artikel Urte Wienen-Zahl moralisch Genugtuung verschafft habt, im Gegenteil. Und ich wünsche P. P. Zahl, daß er trotz dieser Angriffe stark bleibt, um den Knast als Mensch zu überleben. Damit er in seinem Leben noch eine Chance hat, auch Fehler, die er begangen haben mag, wieder gut zu machen – wieder leben und sich verändern zu können.

P.S.
Leider habe ich die Juni-Nummer der „Courage" so spät gelesen, daß der Redaktionsschluß für das nächste Heft bereits verstrichen war. Inzwischen lag die Juli-Nummer mit den Leserbriefen auf den Artikel von Meo Hellriegel-Rentzel vor. Ich möchte noch kurz auf diese eingehen.

1. Nach den Reaktionen vieler Frauen auf den Artikel, mit denen ich gesprochen habe, scheint mit die Auswahl tendenziös.
2. Chotjewitz hat nun einiges Klärende über die tatsächliche finanzielle Situation von P.P. Zahl geschrieben. Ich hätte mich gefreut, wenn er ausgeführt hätte, worin er weitgehend – „im allgemeinen" – mit Meo übereinstimmt.
3. Bemerkenswert finde ich, daß in keinem Leserbrief auf die Probleme, die das Verhalten von P.P. Zahl sicher mitbestimmt haben – warum er sich für den illegalen Widerstand entschloß – eingegangen wird.
4. Der Leserbrief aus dem Exil von Frau Dr. Hannelore Schröder wird deutlich: „Herr Zahl ist zu Recht im Gefängnis. Das Urteil lautet dreimal lebenslänglich für die bösartige, vorsätzliche und grausame Vernichtung des Lebens einer jungen Frau und zwei kleiner Kinder!" Eine so deutliche Antwort und die kommentarlose Veröffentlichung von seiten der „Courage" hätte ich allerdings nicht erwartet. Das also ist die Konsequenz einer Moral, die vorgibt, soviel menschlicher als die herrschende Moral zu sein. Die Frauenbewegung ist nicht die erste soziale Bewegung, deren Zerfallserscheinungen ich bewußt miterlebe. Nur bin ich traurig, daß sie gerade bei uns Frauen derart bösartige Formen annehmen. Es gibt wenig Zivilcourage in der Frauenbewegung, sonst würden mehr Frauen den Mut haben, sich öffentlich gegen diese Tendenz in der Frauenbewegung zur Wehr zu setzen und gegen den Strom zu schwimmen.

Die unbekannte efa

„efa" (wie Emanzipation–Frauen–Argumente) nennt sich die „Zeitschrift der sozialistischen Feministinnen", von denen wir eine kurze Selbstdarstellung erhalten haben.

Da uns Frauen der efa-Redaktion aufgefallen ist, daß das Frauenprojekt efa, 1972 begonnen durch sozialistische Feministinnen, vielen Linken nicht bekannt ist, möchten wir es hier noch einmal vorstellen:

Projekt efa möchte nicht nur Mißstände, denen Frauen heute ausgesetzt sind, beschreiben, also nicht Klagemauer sein, sondern die Ursachen klären helfen, aufgrund derer Frauen im Patriarchat solchen Mißständen ausgesetzt sind. Projekt efa meint also, daß das Patriarchat „nicht einfach immer schon so da war" (Firestone), oder, daß es egal ist, welche Ursachen es hat (Janssen-Jurreit), sondern daß es sozioökonomische Gründe zur Bedingung hat. Ihre Analyse ist wichtig, weil nur auf der Grundlage solcher Ursachenerklärungen geeignete Strategien zur Überwindung des Patriarchats entwickelt werden können. Selbstverständlich gehört zu einer solchen Ursachenklärung auch die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Dabei wird von uns die Frauenfrage nicht als Nebenwiderspruch abgetan, sondern als Hauptwiderspruch des Kapitalismus theoretisch angegangen. Wir denken dabei sowohl an konkrete Utopien, die Kreativität freisetzen, als auch an realitätsorientierte mittelfristige Modelle, die diese patriarchalische Gesellschaft in Frage stellen und sie überwinden helfen.

Ansatzpunkte zur Entwicklung solcher wirklichkeitsorientierter Modelle sehen wir vor allem in von Frauen bisher nicht besetzten Bereichen, wie zB. Politik, Kunst, Architektur, Technik, Naturwissenschaft und Geschichte.

Projekt efa möchte alle Linken ansprechen, die an einer undogmatischen und unorthodoxen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und dem Patriarchat interessiert sind.

Weitere Auskünfte:
efa-Redaktion, Brita Rösler,
Heinsbergstr. 17, 5000 KÖLN 1

Interview mit THEATERWEHR BRANDHEIDE

Die Theaterwehr Brandheide ist eine der wenigen freien Schauspielergruppen in der BRD. Sie besteht seit Sommer 1977. Der Kern der Truppe fand sich im Frühjahr 1975 in Brokdorf zusammen, wo er gemeinsam mit der dortigen Bürgerinitiative das Spektakelstück „Sein oder Nichtsein" erarbeitete und auf Marktplätzen in und um Brokdorf spielte. Die dabei gemachten Erfahrungen bestärkten die Schauspieler in ihrem Vorhaben, ein freies Theater zu gründen. Nach einer zweijährigen Vorbereitungszeit in organisatorischer und finanzieller Hinsicht formierte sich die Truppe in ihrer jetzigen Zusammensetzung; sie ist ein gemischt deutsch-schweizerisches Unternehmen.

Während sich das erste Stück „Sein oder Nichtsein" allgemein mit den Gefahren der sog. friedlichen Nutzung der Atomenergie auseinandersetzt, befaßt sich die neue Produktion „Heiße Kartoffeln" (die Theaterwehr spielte es auch im Malersaal des Hamburger Schauspielhauses) mit den Gefahren des Atomstaates, also den sozialen Auswirkungen der Planung dieser Großtechnologie. Die darin gezeigte Vorgehensweise der Planer kann sich freilich genauso gut auf den Bau einer Stadtautobahn, den Abriß eines alten Wohnviertels, die Zerstörung der Natur durch unüberlegte Industrialisierung beziehen. Obwohl beide Stücke und auch die Geschichte der Theatergruppe eng mit der Anti-Atom-Bewegung verknüpft sind, wollen die Brandheider nicht (nur) Anti-Atom-Theater sein oder als solches mißverstanden werden: „Wir sind einfach ein freies Theater, das versucht, alles das, was man so allgemein unter dem Stichwort „Volkstheater" faßt, zu spielen... Wir bemühen uns, heutiges Volkstheater zu spielen, d.h. aktuelle Inhalte, die in unserer Gesellschaft relevant sind und die uns irgendwie alle betreffen."

Den „aktuellen Inhalten" können sich die Brandheider auch als Bürger nicht entziehen: Auf der Suche nach einer ruhigen Theater- und Probewerkstatt ließen sie sich in Wirl im Landkreis Lüchow-Dannenberg nieder. Ihr Ziel: in Ruhe ihre Stücke erarbeiten können. Doch kaum war das Haus gemietet und die Renovierung begonnen, wurden sie vom Atomstaat eingeholt. Ministerpräsident Albrecht (Niedersachsen) gab Gorleben als Standort der geplanten deutschen Wiederaufbereitungsanlage und Endlagerungsstätte für hochradioaktiven Atommüll bekannt. Gorleben liegt 15 km von Wirl entfernt.

Frage (F): In Eurem neuen Stück befaßt Ihr Euch mit der Entwicklung zum Atomstaat. Weshalb habt Ihr diesen Aspekt ausgewählt und wie habt Ihr ihn im Stück umgesetzt?

Theaterwehr (TW): Man muß also zwei Dinge sagen, nicht nur zum Inhalt, sondern auch zur Form. Wir betrachten uns nicht als Anti-Atom-Theater, sondern wir sind einfach ein freies Theater, das versucht, alles das, was man so allgemein unter dem Stichwort „Volkstheater" faßt, was auch ein sehr ungenauer Begriff ist, aber ich sags jetzt trotzdem mal... – wir bemühen uns, heutiges Volkstheater zu spielen, d.h. aktuelle Inhalte, die in unserer Gesellschaft relevant sind und die uns irgendwie alle betreffen, in einer volkstümlichen Form zu Theater zu machen. Und vor möglichst breiten Schichten der Bevölkerung zu spielen. Das ist unser Ziel. Nun gut, dadurch, daß wir hier in Lüchow-Dannenberg leben und uns die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben wieder entgegengekommen ist – wir sind also nicht deswegen hierher gekommen, sondern wir waren schon vor der Standortbenennung hier – waren wir gezwungen, wieder ein Stück zu dieser Problematik zu entwickeln, was wir ursprünglich nicht wollten.

Zur Form wollte ich noch sagen, daß im Gegensatz zum Revuecharakter, den „Sein oder Nichtsein" hatte, haben wir uns jetzt bemüht, eigentlich auf ganz einfachen Rastern des Schwanks oder der Farce ein Stück zu entwickeln, das z.B. durchgängige Figuren hat, diese Figuren machen eine Entwicklung, das Ganze ist eine Geschichte, die einen Anfang und ein Ende hat. Viel weniger dieser Nummerncharakter, den „Sein oder Nichtsein" hatte.

Inhaltlich meinen wir, daß über die Gefahren von Atomenergie, Radioaktivität und so weiter doch schon derartig viel gesagt worden ist, daß das nicht unsere Aufgabe sein muß, jetzt da noch was drüber zu machen. Das ist – glaube ich – doch schon im Bewußtsein von sehr viel Leuten drin. Was uns da weitergehend sehr viel mehr erschreckte, auch angeregt durch Leute wie Robert Jungk, waren eben die Auswirkungen, die die ganze Atomenergiefrage auf die Gesellschaft von heute haben wird. Stichwort Atomstaat. Wie so was aussehen könnte in ganz kleinen Anfängen, versuchen wir in unserer Geschichte zu zeigen.

F: Wie verdient Ihr Euren Lebensunterhalt?

TW: Es ist so, daß wir seit Sommer vorletzten Jahres den Entschluß gefaßt haben, eine freie Truppe zu machen. Jochen, Verena und ich haben uns mal im Elbholz getroffen und uns diese Gegend hier – den Landkreis Lüchow-Dannenberg – ausgesucht und dann das Haus gesucht. Dann kamen eben Enzo und Anne-Marie und Peter und Hellen und der Dany dazu. Als die das wußten, haben die auch gespart, damit wir eine erste Durststrecke überwinden konnten, daß man überwintern kann halt... Und jetzt leben wir davon. Jetzt spielen wir.

F: Wollt Ihr denn auch hier mit der BI gegen Gorleben was zusammen machen?

TW: Man muß vielleicht so sagen, daß wir das im Moment nicht können, weil... wenn wir ein Stück machen, dann müssen wir das ein Jahr spielen. Da müssen wir full-time zur Verfügung stehen. Ich kann mir aber schon vorstellen, wenn sich das weiter positiv entwickelt, mit der Bevölkerung, daß man mal so kleinere Aktionen zusammen macht. Es gibt hier auch so eine Laienspielgruppe in Vietze, wo der, der das Ding leitet, schon vorgeschlagen hat, was zusammen zu machen. Das sind Dinge, die für uns vorstellbar sind. Das kommt dann unter Umständen einfach in Konflikt mit den Vorstellungsterminen, die wir haben und so. Aber das wär schon gut.

F: Ihr habt bei Euren Stücken die lustige Form gewählt. Beim ersten die Revue, den Schwank beim zweiten, behandelt aber dabei ernste Themen, wie man so sagt. Wie haben die Zuschauer auf diese Kombination reagiert? Ich habe z.B. bei einer Diskussion um das Stück von Dario Fo „Bezahlt wird nicht" erlebt, wie vor allem die Form der Darstellung kritisiert wurde.

TW: In Brokdorf waren viele von vornherein skeptisch, als sie hörten, was wir vorhatten. Vor allem wegen der Form. Sie meinten, das sei so eine ernste Sache gerade für sie. Und dann kommen so Leute von außen und machen sich mehr oder weniger einen Spaß draus. Man könnte doch so eine ernste Sache nicht einfach witzig machen. Das ist dann schwierig... Als sie es gesehen hatten, wurde das dann anders, weil sich so „Spaß" anders vermittelt. Es ist ja nicht lustig machen über etwas, sondern vielleicht eine eingängigere Form oder eine Möglichkeit, Dinge eingängiger zu machen, auch kräftiger zu machen. Man muß ja nicht immer über alles weinen, man kann ja auch mal drüber lachen. Das setzt Kraft frei... oder macht überlegen... Bei unserem neuen Stück „Heiße Kartoffeln" hatten wir die Schwierigkeiten nicht, weil wir das aus uns entwickelt haben. Wir brauchten vorher nicht mit jemand diskutieren (Schmunzeln).. Aber was in Brokdorf wie hier von Anfang an unser Ziel war, war, eine Atmosphäre herzustellen, die – wie soll ich sagen – heiter ist, menschlich ist.

Ich kann mir das gut vorstellen, daß in einer Diskussion über „Bezahlt wird nicht" – was Du sagtest – die Deutschen daherkommen mit diesem Schillertrauma „Theater als moralische Anstalt" usw. und meinen, wenn über diese Dinge geredet wird, dann muß es furchtbar ernst sein oder viel besser ist's noch, wenn's tragisch ist. Die Arbeit, die Dario Fo in Italien leistet, die halten wir wohl alle für viel, viel sinnvoller, weil er sehr genau und sehr deutlich seine Meinung sagt. Sogar sehr extrem, so weit würden wir jetzt im Moment gar nicht gehen. Das kann jeder verstehen. Da wird nichts verschleiert und verschlüsselt und versymbolisiert und verabstrahiert usw., sondern da steht alles ganz deutlich da. Nur kann man auch darüber lachen. Das ist in dieser Form geschrieben und das finden wir alle wohl als eine unheimlich gute Form von Theater, wo man nicht belabert wird durch Texte, über die man noch 1000 mal nachdenken muß, sondern daß man ganz direkt vorgehen kann, sich sozusagen amüsieren kann und dabei aber ganz, ganz deutlich Inhalte vermittelt bekommt, an denen man überhaupt nicht vorbei kann. An den Inhalten, die Dario Fo vermittelt, kann in Italien schon mal niemand vorbei und in Deutschland kann man sich vielleicht nur retten mit solchen Argumenten wie „Ach das ist ja nur so wie Millowitsch" oder sowas, oder mit dem Argument „das ist ja in Italien und da ist alles ganz anders". Deswegen ist der Vergleich nicht so schlecht. Wir haben auch schon mit Dario Fo gearbeitet und für uns ist er so eine Art Vorbild.

F: Die Gradheit oder Direktheit der Aussage bedeutet ja, daß man Dinge beim Namen nennt und sogenannte radikale Äußerungen tut. Ihr habt das Stück „Sein oder Nichtsein" zusammen mit Bauern aus der Wilster Marsch gemacht. Wie haben die sich denn in diesem Punkt verhalten? Waren die radikaler oder sozusagen „unvorsichtiger" als Ihr? Stellt sich das Problem für Euch?

TW: Bei „Sein oder Nichtsein" waren diejenigen, die die Initiative ergriffen haben und auch was geschrieben haben, die waren sehr viel radikaler als wir. Die wollten schon solche Sachen wie Baader-Meinhof reinbringen.

F: Das waren die Bauern?!

TW: Doch! Das war von der Landbevölkerung einer. Der hatte einen Text geschrieben und wollte da reinbringen, wie es dazu kommt, daß sowas wie die Baader-Meinhof entsteht. Der hat da nicht so drüber nachgedacht, was da so passieren könnte. Es war ja damals auch nicht so schlimm. Man muß vielleicht noch erzählen, was alles passiert ist, als wir das Stück gespielt haben. Wir waren ständig von so einem Trupp der NWK begleitet, die dann Gegenaktionen gestartet haben. Das hat natürlich auf die Bevölkerung auch immer einen sehr großen Eindruck gemacht, daß die da so drauf reagieren. Die Vertreter der NWK wurden auch immer aufgefordert, mit uns nach dem Stück zu diskutieren. Da haben sie sich auch immer verweigert. Bloß bei einer Vorstellung, da konnten sie sich nicht entziehen, weil die Zuschauer richtig auf sie losgestürmt sind und da standen sie dann auch ziemlich bloß da.

F: Hier im Kreis Lüchow-Dannenberg wiederholen sich ja ähnliche Vorfälle. Ein privater Werkschutz belästigt Leute hier. Das Polizeiaufgebot hat in der letzten Zeit beträchtlich zugenommen. Ihr seid ja auch in diesen Landkreis gefahren, um in Ruhe zu arbeiten und seid jetzt sozusagen von der Entwicklung eingeholt worden. Könnt Ihr mal schildern, wie Ihr jetzt hier in Lüchow-Dannenberg „belästigt" werdet?

TW: Damals in Brokdorf ging das ja alles hauptsächlich von der NWK aus. Wir haben eigentlich immer einen Troß gehabt. Bei jeder Vorstellung waren so drei Typen da und wenn wir unseren Umzug gemacht haben, sind die immer mitgelaufen und haben ihren Flugzettel verteilt. Die waren bei jeder Vorstellung und wenn wir angefangen haben, sind sie gegangen und wollten nicht diskutieren oder sowas. Das waren so ein bißchen Gorillas. Und jetzt ist es wenigstens für mein Empfinden viel schlimmer. Mit der DWK (will die Wiederaufbereitungsanlage bauen) haben wir eigentlich noch nichts zu tun gehabt, die halten sich auch völlig zurück. Das läuft jetzt mehr so staatlich. Was jetzt in den letzten Tagen passiert ist – habt Ihr sicher auch schon von gehört – daß hier über die Bundesregierung Anfragen im Parlament usw. so beantwortet werden... es wird behauptet, es hätten sich in den letzten Monaten an die 100 „linksextremistische Wohngemeinschaften" und „militante Atomgegner", „Stützpunkte für Terroristen" im Landkreis angesiedelt, um sich hier auf die „große Schlacht" vorzubereiten. Was – mal abgesehen von diesem ganzen Vokabular – einfach 'ne ganz totale Lüge ist. Wir wissen das ja ziemlich genau. Wir wohnen jetzt ein Jahr hier und in der näheren Umgebung von Gorleben gibts bestenfalls 10 Wohngemeinschaften, die erstenmals schon in der Mehrzahl wahrscheinlich Atomgegner sind, aber zweifens auf einer sehr friedlichen Basis hier arbeiten. Die meisten machen Landwirtschaft und backen Brot oder solche Dinge und wir machen halt Theater. Und das ist alles, was wir so kennen und weiter gibt es auch gar nicht. Und da wird behauptet, hier wären an die 100 linksextremistische, militante Wohngemeinschaften von Atomgegnern. Dazu gehört dann auch, daß sich bei einer bestimmten Stelle, die uns kennen, so zwei Leute wahrscheinlich vom Verfassungschutz erkundigt haben, was mit uns so ist. Also so Leute in Zivil. Dazu gehört, daß wir stark vermuten, daß unser Telefon abgehört wird. Das ist natürlich dann schon eine ganz schöne Belastung... und hier so zu leben und zu arbeiten. Mir erscheint das irgendwie schlimmer als in Brokdorf, weil hier jetzt auch der Staat ganz offen diese Industrieinteressen vertritt.

F: Die Zunahme der Überwachung und Kontrolle haben wir auch festgestellt. Beeinflußt das Eure Arbeit? Ist es schwieriger für Euch geworden, Engagements in anderen Städten zu bekommen? Kriegt Ihr noch Säle im Landkreis für Eure Auftritte? Ihr geht ja jetzt mit Eurem neuen Stück auf Tournee.

TW: Beeinflussen tut einen sowas schon, wenn man das Gefühl hat, man lebt hier und da sind recht viele Augen, die das immer sehr mißtrauisch betrachten. Mir gehts da immer so: daß man sich immer alles dreimal überlegen muß, ob man da nicht einen Fehler macht, mit dem die einem dann an den Karren fahren können. Das ist natürlich eine ganz schöne Belastung, die z.T. bewußt, teilweise auch im Unterbewußten oder Psychischen irgendwo mit einfließt.

Was die Schwierigkeiten mit Vorstellungen betrifft, ist das eigentlich überhaupt nicht der Fall. Bis auf einmal, aber das war sogar schon der Fall, bevor wir etwas populärer wurden. Da hat man uns verboten, in Hitzacker im Kursaal, dem eigentlichen Theaterraum der Stadt, zu spielen. Das hat der Oberkreisdirektor Poggendorf veranlaßt, der dort im Verwaltungsrat sitzt. Der hat das am Telefon offen als eine Art Zensur erklärt.

F: Da muß man vielleicht dazu sagen, daß der Herr Poggendorf auch sonst ganz offen mit der DWK zusammenarbeitet und darin seinem Vorgänger Paasche in Nichts nachsteht.

TW: Ja, ja... Aber jedenfalls sind wir jetzt in einer Phase, wo wir anfangen müssen, Engagements abzulehnen, weil wir das gar nicht mehr schaffen. Ich interpretiere das so, wenn sich da z.B. in unserem Medium, im theatralischen Bereich mal ein etwas frecher Widerstand regt, daß das viele, viele Leute unheimlich dankbar aufgreifen und das dann sehr gerne haben möchten, weil ja nun alle schon so viel Angst haben und so unter Druck stehen, daß – wenn sich da mal so ein kleines Pflänzchen regt, daß man das gleich grabscht, um das ja auch bei sich zu haben. Das macht dann auch wieder ein bißchen Mut. In dem Moment, wo das, was wir machen, ein bißchen bekannt geworden ist, schlägt das eigentlich immer größere Wellen. Wir haben da keine Probleme, zu Gastspielen zu kommen. Natürlich spielen wir meistens in bestimmten Kreisen, was uns auch nicht so recht ist. Wir wollen lieber an ganz normales Publikum. Aber wir haben jetzt z.B. ein Engagement für Berlin abgeschlossen, wo wir an der „Freien Volksbühne" spielen, vor einem ganz normalen Publikum, zum Teil zumindest. Das klappt alles. Es ist noch nicht so weit, daß wir Spielverbot an irgendwelchen staatlichen oder städtischen Häusern hätten.

Ich möchte dazu noch sagen, daß das schönste Erlebnis die Leute aus Prezelle, aus dem Dorf hier waren. Daß die jetzt zu uns stehen. Also da war dieser Verfassungsschutz oder wer das war. Und die haben sich nicht einschüchtern lassen. Letztens waren wir dort auf einem Fest und die haben uns da umarmt und „Hallo, wie gehts!", und die haben richtig Freude und stehn auch zu uns. Und das schließe ich eben daraus, daß wir ein Stück gemacht haben, wo man Freude hat und lachen kann und trotzdem was mitkriegt, wo man merkt, worum es eigentlich geht.

WIDERSPRÜCHE

Grohnde – Prozeß gegen B. Löwe

In der Zeit vom 26.6. bis 13.7. lief der Prozeß gegen Bernd Löwe aus Hamburg wegen seiner Beteiligung an der Grohnde-Demo. Die Bürgerinitiative St. Georg schickte uns dazu folgenden (gekürzten) Bericht.

Der erste Verhandlungstag war durch Bernds Prozeßerklärung bestimmt. Er ging ausführlich auf die Gefährlichkeit von Atomanlagen ein und machte anhand der Erfahrungen von Wyhl, Brokdorf und Grohnde klar, daß die Anti-AKW-Bewegung immer den Kampf gegen Atomanlagen auf dem sogenannten legalen Weg geführt hat, jedoch nur da wirkliche Erfolge errungen hat, wo große Demonstrationen stattgefunden haben, wo die Bevölkerung den Widerstand in die eigene Hand genommen hat.

Im Prozeßverlauf sagten vier Polizeizeugen aus, alle von der 7. Hundertschaft. Der Hauptbelastungszeuge war Hoplitschek. Er sagte aus, daß Bernd, nachdem er andere Polizisten geschlagen habe, ihn zu Boden geschlagen habe und dann dicht neben ihm – 2-3 Meter – selbst zu Boden gegangen sei, von Polizisten im Vorbeilaufen geprügelt worden sei, und daß sie beide etwa gleichzeitig aufgestanden seien. Danach trug der Sachverständige vom Bundeskriminalamt sein Lichtbildergutachten vor und meinte, die in den Fotos am Zaun abgebildete Person sei mit großer Wahrscheinlichkeit der Angeklagte.

Bernd sagte, daß er keinen Polizisten geschlagen habe, von diesen aber niedergeknüppelt wurde, wobei er erheblich verletzt wurde. Drei Zeugen der Verteidigung schilderten, wie die Polizei, vor allem die Reiterstaffel, mit brutaler Gewalt in den sich zurückziehenden Demonstartionszug einfiel. Einer der Zeugen schilderte, wie er Bernd traf und durch den Reitereinsatz wieder von ihm getrennt wurde, zu einem Zeitpunkt, an dem, nach Polizeiaussagen, Bernd entweder schon verhaftet war oder ganz vorne bei der Polizei wild um sich knüppelte.

Gegen Ende des Prozesses wurde ein Film der Verteidigung gezeigt, in dem zu sehen war, wie Bernd auf dem Boden liegt und von einer Unzahl von Polizisten geprügelt wird; in seiner Nähe lag nur ein Polizist, dieser war deutlich erkennbar nicht Hoplitschek und dieser Polizist wurde von seinen „Kollegen" geschlagen. Es war zu erkennen, daß in einem Umkreis von fünf Metern um Bernd kein weiterer Polizist am Boden lag.
Damit war Hoplitscheks Aussage widerlegt.

In seinem Plädoyer stellte Staatsanwalt Borchers fest, daß für ihn trotz der Widersprüche in den Zeugenaussagen und zum Film, Bernds Schuld erwiesen sei. Dabei scheute er nicht davor zurück, Zeugenaussagen zu verdrehen und Bernd vorzuwerfen, er habe gelogen. Durch Bernds Vorgehen am Zaun, sowie die Schläge auf Hoplitschek sei Bernds Schuld erheblich schwerer als die der bisherigen Grohnde-Angeklagten. Bernd sei bereits mit dem Vorsatz zur Demonstration gefahren, Gewalt gegen Sachen und Personen auszuüben. Und wenn Bernd sagt, Großdemonstrationen an Atomanlagen seien heute wegen der exessiven Gewalt des Staates nicht mehr möglich, so sei dies so zu verstehen, wie wenn ein Dieb einen Bankeinbruch unterläßt, weil der Tresor zu dick ist. Borchers versuchte, Bernd in die Terroristenecke zu drängen, Bernd habe eine staatsfeindliche Gesinnung, er würde der „friedensstiftenden Gewalt des Staates" immer wieder „individualistische, zerstörerische" Gewalt entgegensetzen. Nach all dem stünde Bernd eine Strafe von einem Jahr und 9, 10, 11 Monaten zu. Hier machte Borchers plötzlich einen eleganten Schlenker, wohl, weil er die Stimmung des Gerichts so einschätzte, daß er mit einer so hohen Strafforderung nicht durchkommen würde. Durch die bisherigen Urteile, die alle bei ca. einem Jahr lagen, hätte sich eine gewisse Kontinuität ergeben, an die sich auch die Staatsanwaltschaft halten müsse. Er fände zwar die Urteile alle viel zu milde, um sich aber an diese Kontinuität zu halten, forderte er „nur" 1 Jahr und 2 Monate. Für eine Aussetzung der Bewährung sehe er keinerlei Anlaß.

Rechtsanwalt Günnemann setzte sich zu Beginn seines Plädoyers mit der „friedensstiftenden Gewalt des Staates" auseinander: „Gewalt ist es, wenn eine regierungsbekannte Studie besagt, daß eine Atomanlage ein bestimmtes Potential radioaktiver Stoffe ausstoßen kann. Gewalt ist es, wenn es bei einem Unfall 30,5 Mill. Tote gibt. Das ist heute Realität, wie der Unfall in Brunsbüttel, wo es gerade noch einmal an einem GAU vorbeiging, gerade erst gezeigt hat. Das ist der Kern des Problems, an den man mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht herankommen kann." Die Bürgerinitiativ-Bewegung habe immer dafür gekämpft, eine Veränderung des öffentlichen Bewußtseins zu erreichen. Das Gericht müsse hier, wie bei jeder anderen Urteilsfindung auch, Bernds Motivation berücksichtigen. Es sei erschreckend, daß der Staatsanwalt die Aussage, man müsse neue Formen des Widerstands finden, nur auf illegale Mittel beschränke. Es gäbe sehr viele Formen des Widerstands, zB. auch den Stromzahlungsboykott oder den Landkauf in Gorleben. Hier stellte Günnemann einen Hilfsbeweisantrag, der beweisen sollte, daß Bernd Einwender gegen das AKW Grohnde ist. Die Widersprüche in den Aussagen der Polizeizeugen, die Aussagen der Entlastungszeugen, der Film und Bernds eigene Aussage würden belegen, daß Bernd Hoplitschek nicht geschlagen hat. Das Vorgehen am Zaun sei kein Landfriedensbruch, da es sich eindeutig nur gegen die Atomanlage gerichtet hat und in keinem Fall eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu sehen sei. Deshalb forderte er Freispruch.

Schon am 7. Verhandlungstag wurde dann das Urteil gesprochen: 1 Jahr Gefängnis, 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt.
Die Urteilsbegründung war sehr merkwürdig: Das Gericht sehe alles in allem die Anklagepunkte als erwiesen an. Es gebe zwar in jedem Strafverfahren Fehlerquellen, aber man müsse davon ausgehen, daß Hoplitschek die Wahrheit gesagt habe.

Bei der Frage der Strafzumessung sei zu beachten, daß der Angeklagte selbst ganz erheblich verletzt wurde, daß sein Beweggrund (der Widerstand gegen das AKW) nicht zu kriminalisieren sei. Der Widerstand sei rechtens, dies bejahe aber nicht die Gewalt. Es spreche für den Angeklagten, daß er gesagt habe, ihm sei keine Sicherung durchgebrannt, er stehe zu seinem Widerstand. In seiner Stellungnahme zur Gewalt habe der Angeklagte gesagt, er suche andere Formen des Widerstandes, der Verteidiger habe das Gericht auf den richtigen Weg geführt, indem er sagte, wenn jemand nach anderen Formen suche, könne das eine Absage an die Gewalt sein.

Am 21. Juli wurde dann das Urteil gegen Norbert gesprochen: 10 Monate auf drei Jahre zur Bewährung und 1.200 DM Geldstrafe. Der Prozeß gegen Christian M. ist wegen einer Herzattacke des Hauptbelastungszeugen ausgesetzt. Der Prozeß gegen Wolfgang soll am 12. September anfangen. Karl ist seit dem 24. Mai in Untersuchungshaft, ein Prozeßtermin ist noch nicht da. Jerry ist in Italien verhaftet worden und soll ausgeliefert werden.

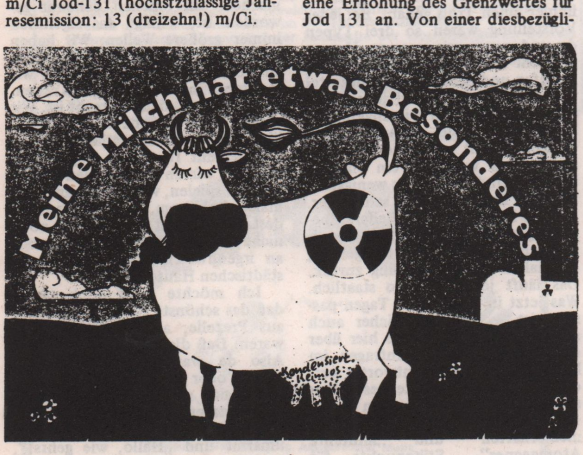
*

KKWs 1978

KKW-Einsatzbereitschaft im Juli 1978

Brunsbüttel – Die Anlage ist seit dem Unfall vom 18.6. außer Betrieb. In einem Flugblatt weist der Arbeitskreis Ökologie (Lutterothstr. 33) darauf hin, wie die HEW, der Betreiber des Kraftwerks, zusammen mit den Kieler Ministerien der Öffentlichkeit Informationen vorenthält.

Etwa die Hälfte des ausgeströmten Dampfes gelangte über die Kamine ins Freie, ungefiltert, versteht sich. Darin enthalten: 70 bis 150 m/Ci Jod-131 (höchstzulässige Jahresemission: 13 (dreizehn!) m/Ci.



Die HEW verfährt bei Unfällen in Brunsbüttel nach folgendem Plan:
– möglichst kein Abschalten, das führt zu Nachfragen. Außerdem ist der Reaktor nur für 500 Schnellabschaltungen konzipiert, hat seit 1976 aber schon 120 hinter sich.
– um die meßbare Abgabe an Radioaktivität niedrig zu halten, Abgabe über Dachklappen (ohne Meßgeräte)
– Abschalten des Prozeßschreibers (so geschehen nach dem Unfall), damit später für Außenstehende keine Rekonstruktionen möglich sind
– späte Information des Kieler Ministeriums, um Zeit zur Verschleierung zu gewinnen.

Das Unternehmen strebt weiter eine Erhöhung des Grenzwertes für Jod 131 an. Von einer diesbezüglichen Entscheidung des Kieler Ministeriums hängt auch ab, ob AKW Brunsbüttel dieses Jahr wieder angefahren werden kann. Bei den derzeitigen Grenzwerten ist ein ganzjähriger Betrieb nicht möglich, ohne daß diese überschritten werden.

Grundremmingen – wird von Grund auf umgebaut und nicht vor nächstem Jahr einsatzbereit sein. Ein neues Genehmigungsverfahren ist erforderlich.

Stade – läuft auf Volldampf.

Essenshamm – Hat wegen eines laufenden Prozesses seit einem Jahr keine Betriebsgenehmigung. Ein stillstehendes AKW dieser Größe (Biblis-Typ) kostet pro Tag die Firma mindestens 500.000 DM.

Lingen – Liegt seit Januar 1977 still und wird ganz außer Betrieb genommen. Der Lingener Reaktor ist einer der ältesten (1968). In der Umgebung liegt die Sterblichkeitsrate an Leukämie nachweislich um das 10fache höher als im Landesdurchschnitt. Informationen dazu: Walter Soyka, Wendtstr. 22, 28 Bremen.

Jülich – Der Hochtemperaturversuchtyp liegt wegen eines Störfalls derzeit still. Einzelheiten sind uns nicht bekannt.

Großwelzheim – Liegt seit 1977 still, weil er dauernd kaputt ging. Die Ruine strahlt erheblich weniger als zu Betriebszeiten.

Biblis – Block A hat Kurzschluß am Generator, soll Anfang August wieder anfahren. Block B bekommt neue Brennelemente und soll jetzt auch wieder laufen. Gegen die seit dem 14.6. beobachteten Riße der Reaktorkuppel ist noch kein Mittel gefunden. Experten sind der Meinung, Block B habe beschlossen, sich selbst zu zerstören, um möglichen Abstürzen von Bundeswehrflugzeugen beim Zielflug auf Biblis zuvorzukommen.

Karlsruhe – Läuft mit Grabesruhe.

Obrigheim – Liegt wegen der Schäden am Druckbehälter still. Wird noch 'ne Weile dauern.

Neckarwestheim – Läuft. In der Umgebung des Neckar häufen sich Fische mit Krebsgeschwüren.

Gorleben – Is kein AKW und noch keine WAA, gehört aber auch hierher. Widersprüchliche Meldungen über den Stand der Grundstücksverkäufe für die geplante Plutoniumfabrik. Die Wiederaufbereitungsgesellschaft DWA erklärt, sie habe bereits 50% der erforderlichen Grundstücke sozusagen gekauft. Sie führt diesen Erfolg auf den hohen Kaufpreis von mehr als dem 12fachen des üblichen qm-Preises zurück. Auch wenn der Besitzer des Restgebietes, Graf Bernstorff, sowie die Kirche als Eigner kleinerer Waldstükke den Verkauf weiter ablehnten, könne mit dem Bau des Eingangsbeckens schon begonnen werden und die WAA notfalls auf dem halben Grundstück errichtet werden. Dagegen verschwieg Vorstandssprecher Scheuten, daß für die Endlagerung der ausgewerteten Brennstäbe im Salzstock das gesamte Grundstück erforderlich ist. Graf Bernstorff wies bei einer Pressekonferenz darauf hin, daß die Rechtslage immer mehr den Erfordernissen des Milliarden-Projektes angepaßt würde: Nach der schon erfolgten Änderung des niedersächsischen Bergrechtes würden demnächst Bundesatom- und -baugesetz geändert, um die Mitspracherechte der Gemeinde Gorleben bei der Planung auszuschalten.

Würgassen – arbeitet zu 80% Vollleistung.

Kahl – der seit Anfang der 60er laufende Versuchsreaktor liegt zur Vorbereitung eines weiteren Versuchsprogramms vorübergehend planmäßig still.

Ohu/Niederaichach – Die Ruine in Niederaichach – das AKW kam über den Probebetrieb nie hinaus – soll zu einem Demonstrationsobjekt neuer Art werden: „Wie reißt man ein AKW wieder ab!" Der Aufbau kostete seinerzeit Bundessubventionen von 200 Mill. Mark. Der Abriß wird kaum billiger sein und auch vom Forschungsministerium finanziert werden.

Ohu – Wird zum dritten Mal in diesem Jahr abgeschaltet. Beim Probelauf haben sich Riße in den Schweißnähten des Primärkreislaufes gezeigt. Eine neue Genehmigung zur Fortsetzung des Probebetriebes ist noch nicht erteilt. Vorsichtig wird in München angedeutet, wenn das Kraftwerk sich weiterhin als so störanfällig erweise, sei mit einer Betriebsgenehmigung überhaupt nicht mehr zu rechnen. Das ginge dann ja in einem Aufwasch mit Niederaichach.

aus: BLATT 127

AUF BRÜDER, ZUR SONNE...

Daß die Nutzung der Sonnenenergie möglich ist, ist mittlerweile ja schon bei vielen Menschen in unserem Land bekannt. Durch die zunehmende Verknappung der herkömmlichen Energiequellen und durch den Widerstand gegen die Atomkraftwerke wird sie zunehmend attraktiver. Mittlerweile ist ja auch die Industrie schon groß eingestiegen und bietet jede Menge von Sonnenkollektoren an – in der Hoffnung auf das große Geschäft.

Wir haben uns nun aber im letzten Sommer unseren Sonnenkollektor (oder lieber: Sonnenfänger) selbst gebaut. Der Selbstbau hat verschiedene Vorteile. Zum einen natürlich vor allem wirtschaftliche, da man bei (fast) allen Arbeiten den teuren Arbeitslohn einspart, indem man sie selber ausführt. Aber nicht nur die höhere Rentabilität bewog uns zum Selbstbau.

Durch den Selbstbau eines Sonnenfängers ist man in Zukunft nicht nur weniger von den Energieversorgungsunternehmen abhängig, dadurch daß man kostenlose und dauerhafte Energie nutzt, sondern man ist auch unabhängiger von Spezialisten, da man die Anlage jederzeit selbst warten und reparieren kann. Damit gewinnt man auch einen ganz anderen Bezug zur Technologie. Sie ist nicht mehr etwas undurchschaubares, daß einem fremd vorkommt. Der Mensch hat hier die Technik noch im Griff, und zwar hat sie der Mensch im Griff, der sie auch wirklich nützt (im Gegensatz zur Großtechnologie wie bei Atomkraftwerken). Hier trägt der Mensch, der Technik anwendet auch noch die Verantwortung für sein Tun. Ein Wissenschaftler in einem Atomkraftwerk wird ja wohl nicht die Verantwortung bei einem größeren Unfall tragen können.

Durch den Selbstbau macht man vor allem wieder neue Erfahrungen, und der zunehmenden einseitigen Orientierung der Menschen (vor allem durch den Beruf) wird entgegengearbeitet. Beim Bau einer solchen Anlage werden sich viele Probleme stellen, und bei der Lösung dieser Probleme lernt man viel dazu.

Auf die Vorteile der Sonnenenergie im Vergleich zu den herkömmlichen Energieformen wollen wir nicht so genau eingehen, da sie eigentlich bekannt sind. Es sind vor allem:

- unbegrenzter Vorrat an Energie
- keine Nebenwirkungen beim Betrieb (Abgase, Lärm, etc.)
- kein Abfallproblem
- kein lebensbedrohendes Risiko
- dezente Anwendung und damit Unabhängigkeit.

Ein wesentliches Argument für die Nutzung dauerhafter Energie ist für uns, daß sie nicht von vorneherein die Herrschaft weniger über die Bürger beinhaltet, wie etwa Kernkraftwerke. So wollten wir auch beim Bau unserer Anlage Herrschaftsstrukturen innerhalb der Baugruppen abbauen. Das bedeutete für uns, einen Arbeitsstil anzuwenden, wie wir ihn während eines Aufenthalts in den dänischen Tvind-Schulen als sehr positiv erfahren haben.

Als besonders gut am Tvind-Stil erlebten wir dabei:

- daß nur einstimmige Entscheidungen getroffen wurden. Es wurde solange diskutiert, bis alle eine Lösung für die beste fanden.
- daß Abmachungen vollkommen verbindlich waren. Hielt sich jemand nicht an eine Abmachung, so wurde er sofort darauf hingewiesen. Gab es Meinungsverschiedenheiten über eine einmal aufgestellte Regel, so wurde sofort wieder darüber diskutiert.
- daß jeder den Sinn seiner Arbeit und die Funktionsweise des Dings, an dem er arbeitet verstehen soll.
- daß Spezialistentum so stark als möglich verhindert wird.

Ein Außenstehender mag sich fragen, ob man angesichts solcher Arbeitsprinzipien überhaupt zum Arbeiten kommt. Aus eigener Erfahrung (in Tvind) wissen wir, daß damit wohl mehr gearbeitet und erreicht wird als bei vergleichbaren Projekten. Dies liegt wohl daran, daß durch konsequente Verhinderung von Individualtouren und durch die Geborgenheit in einem Kollektiv, das mit den Inhalten der Arbeit übereinstimmt, sich eine riesige Motivation zur Arbeit entwickelt.

Bei der Übertragung des Tvind-Stils hatten wir natürlich noch einige Schwierigkeiten, aber auch dabei haben wir viel gelernt und werden es das nächste Mal besser machen.

Jetzt aber zum Sonnenfänger:
Es hat den Zweck, den überwiegenden Teil des Jahres über das Brauchwasser (also zum Baden, Duschen, Spülen, etc.) für die 7 Personen unserer Wohngemeinschaft von 10 Grad C auf ca. 45 Grad C zu erwärmen. Der große wirtschaftliche Vorteil liegt bei uns darin, daß wir eine Zentralheizung im Haus haben, und diese dank des Sonnenfängers (natürlich nur bei energiesparendem Verhalten) für ca. sechs Monate im Jahr anschalten können. Da die Zentralheizung während der Sommermonate, wo sie dauernd läuft, aber vergleichsweise wenig genutzt wird, einen äußerst geringen Wirkungsgrad hat, erwarten wir uns hier die große Ölersparnis. Wir schätzen eine jährliche Einsparung von 250 bis 300 DM. D.h., die Anlage wird sich bei einem Preis von DM 900,- (dank der großen Eigenarbeitsleistung) nach drei bis vier Jahren abbezahlt haben.

Der Kollektor ist nach einer Methode gebaut, die in München schon seit 14 Jahren von einem Bastler aus Untermenzin (Herrn Überberger) angewendet wird. Das System, nach dem unsere Anlage gebaut ist, hat vor allem drei Vorteile:

- **zum einen ist die Anlage mit einiger handwerklicher Sorgfalt leicht selbst zu bauen. Die teuren Arbeitsstunden entfallen also.**
- **Die Anlage ist so konstruiert, daß das Wasser sich natürlich umwälzt und man auf Pumpen und Differenztemperaturregler verzichten kann.**
- **Und schließlich kann bei dieser Anlage auf einen Wärmetauscher verzichtet werden. D.h., das Wasser wird nicht über eine andere Flüssigkeit (die der Sonne ausgesetzt wird) erwärmt, sondern fließt direkt durch den Kollektor.**

Die örtlichen und baulichen Voraussetzungen an dem Reihenhaus, daß unsere Wohngemeinschaft gemietet hat, sind günstig. Der Hausbesitzer hatte nichts dagegen. An der SSW-Seite (das ist die optimale Richtung) des Hauses ist eine Garage mit Flachdach. Der Kollektor konnte auf das Garagendach gestellt und an die Hauswand gelehnt werden.

Unser Sonnenfänger

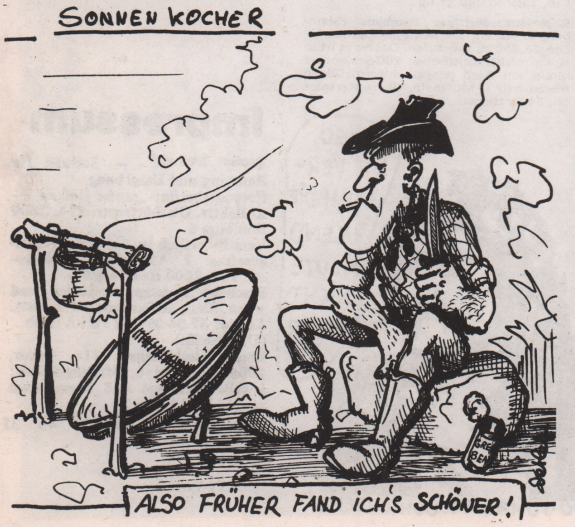
Der eigentliche Kollektor hat eine Gesamtfläche von 4 1/2 qm. Die Schläuche, in denen das Wasser erwärmt wird, sind aus schwarzem Kunststoff (PVC). Wir haben Schläuche statt Rohre genommen, weil sie verschiedene Vorteile aufweisen, z.B. im Preis, in der Rostschutzfrage und der Bearbeitung. Das Wasser aus den Schläuchen wird in Sammelrohren gesammelt. Das Wasser (kalt) zum Kollektor und das Wasser (warm) vom Kollektor weg wird in Schläuchen durch den Fensterstock des Badezimmers ins darüber liegende Bad geleitet. Da sich erwärmendes Wasser von selbst nach oben steigt, also vom tieferliegenden Kollektor zum höherliegendem Speicher, konnte auf die Umwälzpumpe verzichtet werden. Unser Wasserspeicher hat einen Inhalt von 360 Liter und besteht aus drei alten Fässern, die untereinander verbunden sind. Der Wasserspeicher hat außer den beiden Anschlüssen zum Kollektor hin noch einen Anschluß als Wassereinlauf an der Wasserleitung und einen Ablauf, wo man das warme Wasser entnehmen kann. Die Wasserentnahme funktioniert wie bei alten Badeöfen, nämlich indem man durch den Druck der normalen Wasserleitung kaltes Wasser unten in den Speicher fließen läßt, läuft am oben liegenden Ausgang das warme Wasser raus. Sowohl beim Kollektor als auch beim Speicher und bei den Verbindungsschläuchen ist es äußerst wichtig, daß alles gut isoliert ist. Hier kann man die entscheidenen Grade rausholen, damit man die Spitzentemperaturen von über 70 Grad C erreicht.

Als wir letzten Sommer mit dem Bau anfingen hatten wir ganz schön Angst vor den vielen Problemen, die sich uns stellten. Aber wir haben erfahren, daß man sehr viel schaffen kann, wenn man wirklich will. Jetzt nach dem Bau trauen wir uns viel eher zu, wieder ein Projekt in Angriff zu nehmen. Wir werden sicher nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen.

Aber wir meinen, sehr viele Leute – gerade Laien – sollten es in Angriff nehmen, sich ihre Gebrauchsgüter selbst zu bauen. Wir sollten die Nutzung der Sonnenenergie weiterentwickeln, bevor uns die Industrie das aus der Hand nimmt. Auf diese Weise werden sicher bald viele bessere Sonnenfänger gebastelt als unserer.

Damit möglichst viele sich in Zukunft Sonnenfänger bauen, haben wir eine kleine Broschüre gemacht. In dieser 32-seitigen Baubeschreibung sind allgemeine Angaben zu Sonnenkollektoren, Fotos, Konstruktionszeichnungen, die konkrete Anleitung, Materialliste, Bezugsquellenverzeichnis, ein erster Erfahrungsbericht und ein paar Adressen- und Literaturhinweise. Wenn ihr 2,– DM in Briefmarken schickt, bekommt ihr sie zugeschickt. Die Bestelladresse ist: Hans Berroth, Leonhardiweg 50, 8000 München 82

Viele Sonnenkollektoren in München und auch anderswo!



die adressen

Organisationen

FAU/IAA 386967
GIM/ISP 450981
KB 435346
KBW 382168
KPD 438602
SB 433289
Bunte Liste Büro, HH 13, Fruchtallee 9
Liga gegen den Imperialismus, HH 50, Max-Brauer-Allee 249, 4300109 (Mo-Fr 17-17 Uhr)
ESG (Evangelische Studenten-Gemeinde, HH 13, Grindelallee 9

Medien

Medienladen, HH 1, Rostocker Str. 25, 246384
MPZ, Thadenstr. 130 a
MeFu, HH 63, Fuhlbüttelerdamm 93, 504771, (Mi 15-19 Uhr)
Zentral Film Verleih, HH 36, Karl-Muck-Platz 9, 345544
‚große freiheit'. Glashüttenstr. 114. HH 6, Kontakttel.: 40 46 31

Buchläden

Hälfte des Himmels, HH 13, Schlüterstr. 79, 4104262
Heinrich Heine, HH 13, Grindelallee 26, 449778
Welt-Buch-Laden, HH 6, Marktstr. 12, 437848
Nautilus, HH 50, Bahrenfelderstr. 68, 395178
Arbeiterbuch, HH 13, Grindelhof 45
Buchladen in der Osterstr., Osterstr. 156, 4919560
Freiheit, HH 6, Kleiner Schäferkamp 32
Internationale, HH 13, Eppendorferweg 257
Von heute an, Frauenbuchladen, Bismarckstr. 96, HH 19, 491 47 48

Druckereien

Die Druckerei, HH 80, Zollenspieker Hauptdeich, 723 98 10
Hinterhof-Druckerei, HH 50, Hoheitenstr. 210, 432 202
Druckerei, Simon von Utrechtstr. 85 a (Hinterhof), 310 154
Siebdruck, HH 50, Lobuschstr. 7, Richi-August, 386 107
Abbestr.-Druck, WG, HH 50, Abbestr 44, 390 91 43

Werkstätten

Werkstätten & Kräuterladen, HH 50, Wohlersallee 2
(das Schrottkollektiv) ab und zu unter 387 805
Lederwerkstatt, Simon von Utrechtstr. 85a, 310 154
Werkhaus, HH 50, Grosse Brunnenstr. 55a 395 581

Läden

Von Hand, HH 13, Bundesstr. 3
Blätter aus Lorien, HH 6, Marktstr. 147, (12 – 18.30 Uhr)
Bum Shanka, HH 50, Stresemannstr. 82
Schwarzmarkt/Töpferladen, HH 6, Glashüttenstr. 108

Gesunde Lebensmittel

Lorien, HH 6, Karolinenstr. 7–9
Schwarzbrot, HH 13, Rutschbahn 11
Peace Food, HH 1, Schmilinskystr. 22

Kinos

Abaton, HH 13, von Melle Park 17, 45 42 22
Vorführung 6, Tonndorfer Hauptstr. 90, HH 70
Thalia-Lichtspiele, HH 13, Grindelallee 116, 456831
Broadway, HH 36, Gerhofstr., 343175
Klick, HH 6, Glashüttenstr. 115, 433031
Magazin, HH 39, Fiefstücken 8a, 512234
Spiegel, HH 50, Bahrenfelderstr. 179, 386366

Anti -AKW

Arbeitskreis Politische Ökologie (BUU-Laden), Lutterothstr. 33, 40 27 82
Strompreisboykottgruppe & Gewaltfreie Aktion Hamburg, c/o Wolfgang Hertle, Grosser Schnippsee 28, 21 HH 80, 777 957
Windmühlengruppe, Spaldingstr. 160, 7. Stock
KB/BUU, Schlüterstr. 4, 410 56 73

Kinder

Kinderhaus in der Winterstr. HH 50
Kinderhaus, HH 50, Heinrichstraße
Päki (Pädagogik und Kinderbuch), HH 13, Schlüterstr. 86, 45 43 40

Frauen

Frauen helfen Frauen (Frauenhaus). 226478
Frauenkneipe, HH 50, Stresemannstr. 60 436377
Frauenzentrum, HH 50, Langenfelderstr. 64d, Hinterhof (Mi 16–21 Uhr, Sa+So 16–20 Uhr Tee-Cafe)
F.R.A.U., Geschwister-Scholl-Str. 18, HH 20
Biff – Beratung und Information für Frauen, HH 19, Emilienstr. 5, Einzelberatung: Mo 10–12 Uhr, Di 16–18 Uhr, offener Gruppenabend Mi ab 20 Uhr
Frauenhaus in Stemmen: Kontakt: Barbara 480 87 74, Manuela, Angelika 49 67 94
Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen, Berlin, Tel.: 030/251 28 28

Schwule

Schwulenzentrum der HAH, zum Flohmarkt, Carsten Rehderstr. 45
Rosa Hilfe, Kontakttel. 279 36 88, Mo 16–22 Uhr

Rechtsanwälte

Baufeldt/Eckold, HH 13, Schlüterstr. 3, 444868 (Mietsachen)
Groenewold/Köncke/Rogge, Osterstr. 120, 492915
Maeffert/Scharmer, HH 50, Bahrenfelderstr. 93, 391613/4
M+H Böddeling/G. Gebauer, HH 50, Friedensallee 50, 3909221
Jacobi/Gänsemann, HH 19, Heußweg 35, 402020/4919191
Bosse/Eissing, Schäferkampsallee 45 II, 440701
Tode/Gosau, HH 60, Fuhlsbüttelerstr., 6301018
F. Piontek&Romeikat, HH 6, Pferdemarkt, 436747
Schween/Reinicke/Schubert, HH 13, Grindelallee 79, 44 38 40/49
N. Piontek, HH 76, Heinrich-Hertz-Str.
W. Reinhard, HH 19, Heußweg 35, 402211/403311
Läders/Marmor/Römming, HH 4, Feldstr. 60, 4398087
Magsam/Böttcher, Spielhoff, HH 50, Ottensener Hauptstr. 41, 3900103
Esche/Jacob/Rösler/Franke
Grindelallee 1, Tel. 44 08 22

Jugend-, Freizeitzentren & Kneipen

Kaffeestube Altona, Holstenstr. 186, Hmb 50, Mo–Sa ab 9 Uhr solange Leute da sind.
AKA (Aktive Freizeitgestaltung in Altona) Max-Brauer-Allee 134, hinten durch, HH 50, 38 89 98, ab 13 Uhr
Motte, HH 50, Ecke Eulenstr. Rothestr., 39 32 31
Baragge, HH 95, Finkenwerder Landscheideweg
Kneipe zum Flohmarkt, Carsten Rhederstr. 45, HH 50
Fools Garden, HH 13, Bronstr. 18, 45 67 43
Schwarzmarkt, Bundestr. 9, HH 13 (Zentrum, Bücherei, Mitfahrer/innenzentrale, Fotokop. undundund...) 4104228
Easy, Kneipe/Zentrum (Mi.,Fr.,Sa., Kneipe, sonst Veranstaltungen mögl.) HH 80, Brookdeich 14 a, 72 44 129
Jugendzentrum Hamm-Süd, Ausschläger Weg 88
Aktionsräume Klausstr., c/o Wigbert Zielfel, HH 50, Klausstr. 6 II

Initiativen und Selbsthilfegruppen

Anonyme Alkoholiker, HH 50, Kleine Rainstr. 10, 39 60 72
Drogenberatungszentrum „Kö 16 a", HH 50, Königstr. 16a. 380 726 66
Rote Hilfe e.V. HH 50, Bahrenfelderstr. 62
Gesellschaft für bedrohte Völker, HH 13, Parkallee 18
Humanes Wohnen e.V., HH 13, Bundesstr. 9, 410 42 28
Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, c/o Jochen Hellmann 2050 HH 80, Moosberg 14 b 739 90 63
Verband Hamburger Spielplatzinitiativen HH 6, Altonaer Str. 34, 43 42 72
Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel, HH 6, Glashüttenstr. 1
Kriegsdienstverweigerer, HH 13, Jungfrauenthal 37, 410 40 44, Mi 19 Uhr
Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd, HH 4, Hochstr. 5

GSI ist umgezogen

Die Gefangenenselbstinitiative hat eine neue Adresse:
Vereinsstraße 48, 2 HH 6

Mitfahr zentrale
Im Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, HH 13, Tel. 410 42 28 (Mo – Sa 12 – 18 Uhr)

Mit dem neuen Fahrplan am 1. Oktober wird die Linie 2 eingestellt – warum finden wir Straßenbahnfahren eigentlich so viel schöner als Busfahren?? Am ZOB werden die Schienen schon rausgerissen.

1978 - zehn Jahre nach den "wilden sechziger Jahren" ergehen sich die Medien in Rückblicken auf die "Studentenunruhen". Die 'große Freiheit' will sich da nicht ausschließen. Wir drucken nachstehend einen Schulaufsatz des 15jährigen J.H. aus dem Jahre 1968, der das Thema "Vom rechten Gebrauch der Freiheit" nach Auffassung der Lehrerin voll verfehlte. "Gemeinschaftskunde 6" schrieb sie drunter, nachfolgenden Schülergenerationen zur ewigen Mahnung.

MUSEEN

21.10.68

Vom rechten Gebrauch der Freiheit.

„Die Freiheit ist das heiligste aller Güter." Diesen Satz hören wir von Kindheit an immer wieder. Aber wie sieht die Wirklichkeit aus? Wieviel Freiheiten haben wir Jugendlichen wirklich? Sicher dürfen wir uns mehr [illegible] erlauben als unsere Eltern und Großeltern in ihrer Jugend. Aber das ist doch kein Grund, die Freiheit auch heute wieder einzuschränken. Immer wieder bekommen wir jungen Leute den Satz zu hören: „Ihr wißt gar nicht, wie gut es euch geht!" Wir wissen es schon, aber wir wissen auch, daß eine noch größere persönliche Freiheit möglich wäre; wenn der deutsche Spieß- und Bundesbürger sich nicht so sehr dagegen auflehnen würde. Die Masse des Volkes, der es gut geht, behauptet z.B., wenn unzufriedene Studenten gegen die bestehende Ordnung rebellieren, daß wäre ein Mißbrauch der Freiheit. Hippies, Gammler und Rocker, also die Außenseiter der Gesellschaft, werden immer mißtrauisch angesehen. Hier, so meinen die Leute, werde die Freiheit mißbraucht übertreiben die jungen Leute wüßten mit ihrer Freiheit nichts anzufangen, sie hätten zuviel davon, und manch primitives Gemüt ruft nach Arbeitslagern. Im Falle der Rocker kann ich die Reaktion der Leute noch verstehen, da diese Schlägerbanden oft gewalttätig und kriminell werden. Letzten Endes sind sie doch aber bloß das Produkt einer satten, zufriedenen Gesellschaft, die sich um diese Kinder, die in mehr als ärmlichen und menschenunwürdigen Verhältnissen aufwachsen, nicht kümmert. - Ganz anders liegt der Fall bei den Gammlern, sie werden nicht aktiv, sie tun ganz einfach - gar nichts. Aber auch das stellt für den deutschen Spieß- und Bundesbürger einen Mißbrauch der Freiheit dar. „Der Mensch ist geboren, um sich durch produktive Arbeit zu ernähren", hört man da. Und einige haben sogar Freude an der Arbeit. Nun gut, habe ich auch absolut nichts dagegen, sollen sie ihre Freude an der Arbeit haben, aber sollen sie auch die Menschen zufrieden lassen, denen es Spaß macht, zu gammeln. Hier kann nicht vom falschen Gebrauch der Freiheit die Rede sein, denn niemand wird von ihnen belästigt. - Das erscheint mir überhaupt am wichtigsten. Vom rechten Gebrauch der Freiheit kann so lange gesprochen werden, wie kein Mitbürger belästigt wird. - Das ist nun aber auch nicht ganz klar festzustellen, was eine Belästigung darstellt und was nicht. Denn kommt auch noch die Schockwirkung hinzu, die gebraucht wird, um den deutschen Spieß- und Bundesbürger aus seinem Dämmerschlaf zu reißen. Mit Schockwirkung bezeichne ich provozierende Dinge, wie in den Gerichtsaal scheissen oder Flugblätter mit dem Titel „Wann brennen Berlins Kaufhäuser?" zu verteilen. Das ist zwar keine sehr besonders vornehme Art, aber eine sehr wirkungsvolle. Ich persönlich würde zwar nicht in den Gerichtsaal scheissen, da ich es unästhetisch finde. Aber auf keinen Fall würde ich den Berliner Kommunarden verurteilen, der dieses exerzierte. Sehr wirkungsvoll ist auch der Einfall, den Fritz Teufel und Rainer Langhans veranstalten. Er wirkt zwar manchmal blödsinnig, ist es aber absolut nicht. Diese Leute gebrauchen ihre Freiheit meiner Meinung nach äußerst nützlich. - Für die beste Art, die Freiheit zum Nutzen der Menschheit zu gebrauchen, halte ich, Hippie zu werden. Sie lehren sanftmütig zu sein und keinem Menschen etwas Böses anzutun. Und wäre das nicht die ideale Lösung? Sie wäre es, aber sie scheitert an der Unvernunft der Menschheit, die anscheinend einfach nicht friedlich sein kann. Und dann behaupten die Leute, die Hippies mißbrauchten die Freiheit. Außerdem möchte ich hier noch einen Irrtum beseitigen. Vielerseits ist die Meinung vertreten, Hippies seien faul. Das ist jedoch falsch. Hippies sind meist sehr produktive Menschen, wie man es am Beispiel des Bandleaders Frank Zappa der amerikanischen Underground-Gruppe „Mothers of Invention" sehen kann. Er versucht mit seinen musikalischen Erzeugnissen das amerikanische Spießbürgertum zu provozieren und zu ändern. Sein Wahlspruch lautet: „Wir müssen den Pas die Zügel aus der Hand nehmen!" Diese Einstellung ist meiner Meinung nach die Ideale. Die Freiheit sollte dazu genutzt werden, der Menschheit zu helfen, wenn es zuweilen auch gegen den Willen der Masse des Volkes geht.

Einigermaßen flüssig geschrieben. Im übrigen stellt der Aufsatz eine Anhäufung diffuser, widersprüchlicher Gedanken dar, die eine bedenkliche Tendenz zum Asozialen erkennen lassen. Bei aller Würdigung Ihrer Freimütigkeit muß Ihre Arbeit im Sinne der gestellten Aufgabe als völlig verfehlt bezeichnet werden.

Schriftliche Darstellung: 3
Gemeinschaftskunde: 6

22.10.68

Kleinanzeigen

KOSTENLOOOS !!!

Habe div. **Schulbücher** (bes.Sek.I) zu verschenken bzw. zu verkaufen und bze Jahrgang, 1972+73, außerdem liegen hier noch drei Ordner **Unterrichtsvorbereitugnen** rum (auch Lehrproben), Ulla, Telefon 34 52 62.

DAS IST HERR OBHUT
ER HAT EINEN

VERANWORTUNGSVOLLEN
BERUF. ER IST
KOB

Nicht-kommerzielle Kleinanzeigen sind kostenlos. Schickt den Text an die Redaktionsadresse oder bringt ihn während der Bürozeiten vorbei.

Ich (Frau 33 J., ab 4.9. in Hamburg im Referendariat) suche so schnell wie möglich Wohngemeinschaft, gern Frauen WG, so wohne ich z.Z. in Kassel. Aber auch gemischte vorstellbar. Wichtig: das auch andere ältere und Berufstätige da leben. Kontakttelefon für Rosemarie Kögler und für die, die gerne mit ihr zusammenwohnen möchten, Monika oder Viktoria 40 46 31.

Am 3. Oktober veranstaltet die Gesellschaft für Verhaltenstherapie im Curio-Haus ein Fest. Es werden für dieses Fest noch Gruppen gesucht die Lust haben, dort Musik zu machen. Wer Interesse hat bitte melden bei Manfred 45 82 24.

ALLE MÖGEN DEN
KOB GERN

Bernhard sucht Klavier (billig) 890 38 54

Wir suchen verzweifelt ein Haus (auch altes Bauernhaus), daß wir in der Umgebung von Hamburg mieten können. Auch lauwarme Tips bitte an Telefon 31 33 82.

Verkaufe mein nagelneues, nie gebrauchtes **Diafragma,** Durchm.: 70 mm für 10,– DM, ulla, Tel. 34 52 62.

Mein Hausstand, den ich aufgebe, ist zu verkaufen: Stereoanlage: Revox (Tonbandgerät) A77, Bj. 75 (800 DM); Verstärker: Kenwood KA 4002, Bj. 75, 2x 35 W (350 DM); Plattenspieler: Philips 212 electronic, Bj 75 (200 DM); Boxen, Intersound/3-Weg, 20 Liter nur in Verbindung mit dem Verstärker (450 DM). Alles zusammen für 1700 DM.
Außerdem: VW-Variant, Bj 70, 12 Volt, 54 PS, TÜV 3/80, mit Radio, technisch sauber, optisch geht so, Lichtmaschine 12 Volt, Vergaser, Auspuff (gebraucht) verschiedene Agragate für 54 PS VW-Flachmotor (950 DM); Nagelneue Batterie (noch ohne Säure), 100 Ah, 400 A (110 DM); 1 R4 Motor mit Getriebe, 50.000 km (250 DM); 1 R4-Motor, überholt (neue Dichtungen, Zündanlage etc.) (250 DM); 1 Mercedes-Diesel-Motor, 55 PS, AT 70.000 km, aus 190 D, Bj 67 (600 DM); 1 Schwarzweiß-Fernseher, tragbar, großes Bild (50 DM) Rainer, Telefon 390 25 40.

Wer nocht keine „Urlaubspflegestelle" für sein Haustier (Katzen, Hunde, Vögel ..) hat — bevor die armen Viecher in der Gosse landen — oder man horrende Reichtümer dafür bezahlen muß — der rufe doch mal bei mir an! Bin sehr tierlieb. Telefon 280 27 60.

Reparaturbedürftiges Berghaus (Steinbau) in Italien, überm Lago Maggiore für DM 28.000 zu verkaufen. Das Haus ist in einem nichttouristischen 200-Seelendorf direkt am Bach gelegen. Informationen hierzu bei: I. Moranain, Obere Karspüle 25, 34 Göttingen.

APO-FÜHRER: COHN-BENDIT

Verkaufe noch funktionierendes **Tonbandgerät** Grundig TK 23 (uralt) und alte Bänder gaanz billig, Ulla, Telefon 34 52 62.

Jörn-Holger, du mußt die Zeitung wirklich lesen — komm gut rum.

Suche einfaches Mikroskop zum Tüfteln. Pauli, Telefon 723 98 10.

Wer sucht einen Nachmieter für einen Laden? Ich suche etwas für Bücher und allerhand alternative Sachen! Telefon 319 46 54.

Suche WG im Raum Eimsbüttel, Altona, Hoheluft. Ich möchte gern mit Frauen ZUSAMMENWOHNEN (zumindest in der Mehrzahl), die sich wehren wollen gegen das, was uns Tod macht (betrifft nicht nur Frauenprobleme) und vielleicht einen Draht haben zu Psycho-Körpertherapie. Mein Zimmer soll hell sein und relativ ruhig und bis zu DM 250,- incl. Kosten. Ab Sept./Okt. Ich bin 24 J., studiere Medizin und bin noch nicht lange in Hamburg. Maria, Tel. 43 44 02.

Wir, 2 Referendare, fliehen aus einer in jeder Hinsicht chaotischen WG, wollen jedoch einen neuen Anlauf starten: suchen deshalb 2 freie Plätze in bestehender WG oder ernsthafte Interessenten, die mit uns eine neue WG aufbauen wollen. Jupp, Wolfgang, Tel. 38 56 29.

Liebe Brüder, liebe Schwestern, nichts gegen rumsitzen und nichtstun, das hab ich auch gern, aber ab und zu sollten wir möchte-gern-Anarchos unserem schlechten Ruf mal Nachdruck verleihen und ein paar Aktionen durchziehen, oder was? Zentralrat der rumsitzenden Weltverbesserer.

„Der Rundfunk gehört allen! Gewerkschafter protestieren gegen die Bedrohung der Pressefreiheit." Diese Dokumentation enthält den vollständigen Text der vom WDR abgesetzten Sendung „Ist die Rundfunkfreiheit bedroht? Was Gewerkschafter vom Fernsehen halten.", sowie Material über die Verhinderung der Ausstrahlung (Analysen, Pressenotizen, Stellungnahme, Resolution von Gewerkschaftskollegen etc.). ca. 48 Seiten, DM 4,- + 1,– DM Versand; zu beziehen über AG Ruhr, Stichwort REVIER, Siegstr.15 4100 Duisburg. Zahlt bitte per Verrechnungsscheck oder per Konto 209-009 828 (m. Wolf Stadtsparkasse Duisburg.

Wir machen Unzüge, Kleintransporte und Entrümpelung. Tel. 93 25 40.

Brain! Silver. I have maved in many way's. I'd like to see you. Iris 39 64 63,

Alternativ-Urlaub in einem Dorf bei Marburg. Workshops in Bioenergetik, Malen, Theater, Selbsterfahrung, Musik und mehr. Info: Luft, Ohmtalstr. 14, 3553 Bürgeln. (Es macht wohl Schule, mit „alternativ" Kohle zu machen, oder sehen wir das falsch, die Red.).

Suche Leute, die micht in ihre Gemeinschaft aufnehmen oder solche, die Bock drauf haben, ne Kommune zu „gründen". Bin arbeitslos. Marion Hoffmann, Reimarusstr. 4, 2 Hamburg 11, Telefon 31 20 01.

Impressum

„große freiheit" – Zeitung für Hamburg und Umgebung.
Herausgeber/in: „große freiheit" – Kollektiv, Glashüttenstr. 114, 2000 Hamburg 6.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: J. Albrecht, Glashüttenstr. 114, 2000 Hamburg 6.
Erscheint meistens monatlich, und wenn, dann am Anfagn des Monats.
Konto: 37 04 09-202 PschA Hmb (U. Penselin)
Büro: Glashüttenstr. 114, Keller, 2000 Hamburg 6, Öffnungszeiten: jeweils dienstags und donnerstags von 16 bis 19 Uhr.
Kontakttelefon: 040/40 46 31 (Moniks, Viktoria)

Druck: Die Druckerei.
Tel: 7239810